

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Beleglohn 6.— Mk., bei Subskription 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postkassentortr.** 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13898. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Gutachten über die deutsche Wirtschaftslage.

Das eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das am 30. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, enthält in seinem ersten Teil eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es werden zunächst die vornehmsten wirtschaftlichen Wirkungen der Waffenstillstandszeit geschildert, weiter die Minderung der deutschen Produktivkräfte durch den Vertrag zu Versailles und ihre verhängnisvollen Folgen in allen ihren Einzelheiten.

Das Gutachten geht dann kurz auf den Zustand der deutschen Finanzen und auf die durch die neuen Steuern verursachte Belastung der deutschen Volkswirtschaft ein.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen für Feststellung des Wiedergutmachungsbetrages und behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Gold verpflichten wollte. Die Sachverständigen halten an sich den Grundgedanken des Angebots und die Erwägungen, von denen es ausgeht, im Prinzip auch heute noch für richtig. Eine Wiederholung dieses Angebots könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damals als integrierender Teil des deutschen Angebots aufzufassenden Voraussetzungen (vor allem Befassung Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht für Deutsch-Ostpreußen, Befassung der Kolonien als Mandatar des Völkerbundes, Verzicht auf Auslieferung der Handelsflotte, keine Okkupation deutschen Gebiets) auch nicht eine einzige erfüllt worden ist, sodann aber auch die gesamte äußere und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Mithilfe der alliierten und assoziierten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Bei der Erörterung der Möglichkeit deutscher Leistungen bezeichnen es die Sachverständigen als ihren Wunsch, ihre Erörterung der Wiedergutmachungsfrage einem festen Vorschlag soweit anzunähern, als es überhaupt in einer wirtschaftlichen Gesamtlage möglich ist, bei der nicht nur die bekannten Faktoren schon befriedigend genug sind, sondern zugleich weitere wesentliche Faktoren überhaupt der Erfassung durch Rechnung oder Schätzung entziehen. Sie kommen dabei zu der Auffassung, daß die Bemühungen aller Beteiligten auf die Lösung der einzigen wirklich großen Fragen konzentriert werden sollen, die der Kohlenfrage und der Beilegung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs im eigentlichen Sinne.

Bei der Kohlenlieferung bleibt nach Ansicht der Sachverständigen kein anderer Ausweg, als den gegnerischen Staaten, insbesondere also Frankreich, zwar eine Option auf bestimmte Kohlenmengen zu gewähren, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieferung auf Basis der im freien Wettbewerb sich bildenden deutschen bzw. englischen Ausfuhrpreise tatsächlich bezahlet werden. Deutschland würde sich dann verpflichten müssen, die Einkünfte aus diesem Posten in erster Linie für die Erfüllung der in Geld auszubrückenden Wiedergutmachungsleistung sicherzustellen.

Weiter ist es erforderlich, daß Deutschland, da es nicht genügend exportieren kann, einen Teil seiner lebendigen Kräfte Ausland sendet, um durch verbundene Arbeit einen weiteren Betrag aus ausländischen Zahlungsmitteln zur Abgeltung seiner Wiedergutmachungspflicht zu erhalten. Die Sachverständigen halten es, solange andere Beilegungsmöglichkeiten größerer Bevölkerungsgruppen im Auslande den Deutschen durch Kolonien nicht gewährt werden, für unerlässlich, daß die Verhandlungen

über eine Arbeitsbeteiligung beim Wiederaufbau Frankreichs mit allem Nachdruck fortgesetzt und einem greifbaren Ergebnis zugeführt werden.

Eine weitere Notwendigkeit für Deutschland ist die Einfuhr derjenigen Warenmengen, die für unmittelbare Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft und der Landwirtschaft nötig sind. Der unbedingt erforderliche Bedarf für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1921 beträgt nach Berechnung der Sachverständigen über 4 1/2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel und mindestens 300 000 Tonnen Rohphosphat. Dafür benötigt Deutschland ausländische Kredite in Form einer Kautionsleihe. Die näheren Bedingungen dieser Kreditleihe würden im übrigen nur in mündlichen Verhandlungen festgelegt werden können, deren baldige Einleitung den Sachverständigen äußerst dringlich erscheint, wie überhaupt nach Auffassung der Sachverständigen die alsbaldige Aufnahme von wirtschaftlichen Verhandlungen dazu beitragen würde, jene Atmosphäre von ruhiger Sachlichkeit und verantwortungsbewusster Gemeinschaftsarbeit herzustellen, ohne die der Vertrag zu Versailles niemals die ihm fehlende Kraft, ein wirklicher Friede zu sein, erhalten würde.

Schließlich beschäftigt sich die Denkschrift mit den Voraussetzungen für die Abgabe eines neuen deutschen Angebots und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages zu Versailles von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine abschließende Aufzählung nicht darstellen:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Restitutionsleistung, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtssicherheit im Auslande gewährt. Der Wirtschaftsfriede wird durch ausdrücklich auszusprechende Nichtanwendung der Restitutionsklausel gesichert. Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inlande bleibt unangehört. Deutschlands Einheit als Zollgebiet wird durch keinerlei Einzelverträge gefährdet. Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet. Die Posten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemindert. Die Restitutionsleistungen der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände müssen in das System der Wiedergutmachungsschuld eingeleitet werden. Die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Bundesgenossen wird unter Mitwirkung der Entente ermäßigt. Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt. Der Genemert der heretischen Konventionen und das Elementum an den noch nicht liquidierten deutschen Rechten und Interessen im Auslande bleibt den Berechtigten zu unmittelbarer Verfügen erhalten. Die Erhaltung Oberschlesiens bildet die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland und sollte wider alles Erwarten die Zustimmung der Deutschen ausfallen. Inwieweit die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebotes hinfort zu werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Genemertung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage unklar und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbare Zeit keine andre Möglichkeit, die den Notwendigkeiten des Staatshaushalts, soweit äußerste Einschränkung und stärkste Steuererhöhung nicht ausreichen, durch hemmungslosige Ausgabe neuen Geldes zu genügen. Diese Verfahren ist sich wegen der sozialen Wirkungen der häufigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird ist ungewiß.

Ohne raschen Fortschritt wahrhaft kostbarer Zusammenarbeiten der Völker und die in der gestörten Weltordnung liegenden Ursachen der Wirtschaft- undährungsnot nicht zu beseitigen.

## Das Recht auf das Dasein.

E. P. Der Reichsminister Dr. Wirth hat vor einigen Tagen im Steuerauschuß des Reichstages den dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten gerichtet, „aufklärend und beruhigend einzuwirken“, nämlich dahingehend, daß die Aufhebung des Steuerabzuges nicht möglich sei. Die „führenden Persönlichkeiten“ der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten sind diesem Appell denn auch gleich gefolgt, indem sie sich auf eine Milderung des Steuerabzuges beschränkten und den Unabhängigen Sozialdemokraten die Bekämpfung dieses Ausnahmefalles gegen die Arbeiter und Angestellten allein überließen. Herr Dr. Wirth führte zur Begründung seines Appells aus, durch die Beseitigung des Steuerabzuges würde erstens ein Steuerausfall eintreten, der so erheblich sei, daß das Reich ihn einfach nicht tragen könne, und zweitens würde, wenn man die Durchführung der Steuererlasse in diesem wichtigen Punkte durchbräche, jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuerlosigkeiten gerechnet werden müssen. Die „führenden Persönlichkeiten“ haben sich denn auch von diesen Gründen überzeugen lassen.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers gipfeln also in den Behauptungen, daß erstens das Reich zusammenbräche, wenn den Arbeitern und Angestellten nicht sofort 10 Prozent vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden, und daß zweitens die Arbeiter und Angestellten, indem sie sich gegen den Lohnabzug wenden, Steuerabotage treiben. Um nun die zweite Behauptung zuerst zu betrachten, so hat noch vor wenigen Tagen dieser selbe Reichsfinanzminister geschrieben, wer in Wirklichkeit Steuerabotage treibt. Er veröffentlichte nämlich einen Nachweis über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1919 bis Ende Januar 1920, dem ersten dieser Art seit Kriegsausbruch, aus dem kurz zusammengefaßt folgendes hervorgeht: an indirekten Steuern, Zöllen und Abgaben sind in diesen 10 Monaten etwa 4 1/2 Milliarden Mark eingegangen, an direkten Steuern, sogenannten Besitzsteuern, etwa 1 1/2 Milliarden Mark. Nimmt man den Steuerertrag vom Januar als die Grundlage für die noch fehlenden Zahlen über die Einnahmen im Februar und März an, so ergibt sich ein gesamt Steuerertrag von etwa 7 1/2 Milliarden. Der Voranschlag betrug 13,54 Milliarden, so daß ein Fehlbetrag von 6 Milliarden bleibt. Dieser Fehlbetrag ergibt sich einmal dadurch, daß im abgelaufenen Jahre von den neuen Steuern verhältnismäßig wenig eingegangen ist; zum andern Mal haben aber auch die älteren direkten Steuern weniger als ihr Soll eingebracht. Während die Einnahmen aus den indirekten Steuern, Zöllen und Abgaben, die die minderbemittelten Kreise besonders hart belasten, sich erheblich vermehrt haben, sind die Erträge aus den Besitzsteuern weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Recht man nun, wer in Wirklichkeit Steuerabotage treibt? Es sind die besitzenden Klassen, diese Kreise also, die den Krieg verschuldet haben, und die nun die Deckung der daraus entstandenen ungeheuren Lasten auf die minderbemittelte Bevölkerung wälzen wollen!

Und nun verstehen wir auch die erste Behauptung des Reichsfinanzministers, daß nämlich das Reich zugrunde gehen müsse, wenn nicht durch den Steuerabzug vom Lohn und Gehalt erhöhte Einnahmen in die Reichskasse fließen. Dieser Steuerabzug ist eine ärmlose Vorkaufleistung an den Staat, erzwungen von der werktätigen Bevölkerung; ihm unterliegt jede Einnahme aus Arbeit, er ist eine Zwangsanleihe, die der Staat der ärmsten Bevölkerung auferlegt, ein wahres Ausnahmefolge gegen die Arbeiterklasse. Die Minister, Bankdirektoren und Fabrikleiter, die von dieser Maßnahme gleichfalls betroffen werden, machen nur einen winzigen Teil davon aus, und da ihre wirkliche Steuer weit höher ist als der Abzug, so brauchen sie nur einen kleinen Teil davon im voraus zu bezahlen; es bleibt ihnen noch soviel, daß sie den Steuerabzug so gut wie gar nicht merken. Bei der gewaltigen Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger greift der Steuerabzug direkt an das Existenzminimum. Er wirkt um so ungerechter, als von den besitzenden Klassen diese Vorkaufleistung nicht verlangt wird; sie werden veranlagt, ihnen wird eine um viele Monate längere Frist zur Bezahlung der Steuern gewährt.

Wenn schon die Besteuerung an der Quelle eingeführt werden sollte, so hätte damit bei den besitzenden Klassen der Anfang gemacht werden müssen; indem man aber die minderbemittelte Bevölkerung zuerst mit diesem Experiment beglückte, zeigt sich die ganze Ungerechtigkeit unseres Steuerwesens. Sie zeigt sich noch deutlicher, wenn man die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland vergleicht mit der Lage der Arbeiter in andern Ländern.

In Australien lehnt das Board of Trade (Arbeitsamt) den für den Lebensunterhalt notwendigen Mindestwochenlohn auf 3 Pfund 17 Schilling fest. Nach den Mitteilungen des englischen Arbeitsministers im Parlament im März 1920 sind die allgemeinen Löhne in den Vereinigten Staaten seit 1914 für Männer um 100 Prozent, für Frauen um 170 Prozent gestiegen. Ein Schweizer Konsumtarifbericht vom Dezember 1919 be-

## Das Arbeitsprogramm in Spa.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden folgende Gegenstände der Reihe nach beraten werden: Abklärung Deutschlands, Entschädigungsfrage, Kohlenfrage, Beurteilung der angeklagten deutschen Offiziere und Danzig. Dieses reichhaltige Programm wird sehr lange Verhandlungen notwendig machen, voraussichtlich wird eine allgemeine Aussprache über einzelne Gegenstände stattfinden und dann dürften Unterausschüsse eingesetzt werden, die die eigentliche Arbeit verrichten und entsprechende Vorlagen ausarbeiten werden.

Um die Gegensätze, die innerhalb der Ententemächte bestehen, nicht in den Verhandlungen zum Ausdruck kommen zu lassen, sollen immer nur die leitenden Persönlichkeiten der einzelnen Länder das Wort nehmen. Ueber die Abklärungsfrage wird Lloyd George die Verhandlungen führen, wie überhaupt England die Führung auf der Konferenz haben wird. Es wird von einem Zwischenfall berichtet, der das Gesagte beweist: Frankreich soll gefordert haben, daß die deutsche Kohlenproduktion und der Verkauf von Kommissionen der Entente überwacht werde; dagegen soll sich Lloyd George ausgesprochen und der Maßregel entschieden widersetzt haben.

Die Frage, die jetzt in der bürgerlichen Presse behandelt und besonders von den Berichterstattern in Spa berichtet wird, ist ganz richtig, ob die Verhandlungen eine Revision des Versailler Vertrages bedeuten oder nicht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Verhandlungen eine Aenderung des Friedensvertrages bringen werden, denn zu dem Zweck werden sie geführt. Bei den Eng-

ländern ist es ausgemachte Sache, daß der Friedensvertrag in der Versailler Fassung nicht ausgeführt werden kann. Es kommt also darauf an, ihn so zu ändern, daß seine Ausführung möglich wird.

## Dr. Simons über die Entschädigungsfrage.

Spa, 5. Juli. Der deutsche Außenminister Dr. Simons erklärte hier vor ausländischen Pressevertretern, daß nach dem Vertrag von Versailles der Betrag, den Deutschland für die Wiedergutmachung zu leisten hätte, vor dem Mai 1921 festzusetzen sei. Ueber wie die Dinge liegen, könnten weder Deutschland noch die Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Vielmehr sei es im Interesse der ganzen Welt, die nur durch ein internationales Zusammenarbeiten vor völliger Zusammenbruch bewahrt werden könne, notwendig, schon jetzt zu einer Einigung zu kommen. Soweit Deutschland in Frage komme, werde es bereit sein, alles zu tun, um diese Zusammenarbeit zu fördern. Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Dr. Simons: Er habe Gelauntheit gehabt, eingehend zu studieren, bis zu welchem Betrag Deutschland den Vertrag von Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was seiner Ansicht nach Deutschland erfüllen könne.

## Die Danziger Frage vor der Konferenz in Spa?

Amsterdam, 3. Juli. Wie Telegraf aus Brüssel meldet, ist der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Sir Reginald Dower, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Konferenz von Spa in Brüssel eingetroffen, da in Spa auch die Danziger Frage besprochen werden soll.

Wöchentliche Stundenlöhne von 1 bis 4 Mark. Nach den amtlichen Veröffentlichungen in Dänemark stiegen dort die Durchschnittsverdienste für die Industriearbeiter seit 1914 bis September 1919 auf 337,8 Prozent. Verschiedene Industrien in der Schweiz zählten im Januar 1920 an die Arbeiter im allgemeinen 42 Frank Wochenlohn plus 12 Frank Zulage für Ledige und 17 Frank für Verheiratete. Auf je ein Kind kommt ein Zuschlag von 3,50 Frank, Vorkarbeiter und Meister erhielten 10 Frank und 20 Frank die Woche mehr. Die Löhne im Kohlenbergbau vom Pas de Calais in Nordfrankreich bekommen ab April 1920 einen Mindestlohn von 24 Frank, die sonstigen Arbeiter über Tage 14,10 Frank. Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern bezieht 27 Frank Mindestlohn für die Schicht. In Großbritannien betrug im März 1920 der Durchschnittslohn für einen Arbeiter 18 Schilling 11,91 Pence im Accord (Juli 1914 8 Schilling 11,91), im Zeillohn 15 Schilling 5,34 Pence (Juli 1914 8 Schilling 11,91), für Zimmerleute 10 Schilling 4,00 Pence (1914 7 Schilling 6,01). Die Löhne in der nordamerikanischen Metallindustrie stiegen von 1913 bis Dezember 1919 auf 221 Prozent. Nach einer Berechnung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten belief sich der Durchschnittslohn eines gelernten Metallarbeiters über 21 Jahre Ende 1919 auf 0,76 Dollar (Mitte 1914 0,30 Dollar), eines ungelerten Arbeiters über 21 Jahre auf 0,45 Dollar (0,28 Dollar). Die Mindestlohnbestimmungen in der Maschinenindustrie Belgiens beliefen sich im April 1920 für gelernte Arbeiter auf 1,75 bis 1,85 Frank, im Mai 1920 auf 1,80 bis 1,90 Frank, im Juni 1,85 bis 1,95 Frank, im Juli 1,90 bis 2,00 Frank. Nach einem Bericht Bundesverdes über die wirtschaftliche Lage Belgiens im April betrug damals der Stundenlohn eines Metallarbeiters 2,50 Frank, der Tagesverdienst der Hüttenarbeiter 20,00 Frank. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten stellte für Ende 1919 einen Durchschnittslohn für einen gelernten Metallarbeiter in Frankreich von 3,00 Frank fest (Mitte 1914 1,00 Frank).

Was diese Löhne im Vergleich mit den in Deutschland bezahlten zu bedeuten haben, ergibt sich aus folgendem: Anfang Juli wurde der amerikanische Dollar mit etwa 38 Mark bewertet, das englische Pfund mit etwa 160 Mark, der Schweizerische Frank mit etwa 0,75 Mark, der französische Frank mit 3,18 Mark, die dänische Krone mit 6,19 Mark, der belgische Frank mit 3,30 Mark. Das heißt also, daß der deutsche Arbeiter in einem Tage 300 Mark, in der Woche 1800 Mark verdienen müßte, um dem amerikanischen Arbeiter gleichzukommen. Der nordfranzösische Bergarbeiter verdient nach unsem Geld 80 Mark die Schicht, der englische Bergarbeiter etwa 110 Mark die Schicht. Der verheiratete Arbeiter in der Schweiz hat die Woche etwa 400 Mark Lohn, der belgische Metallarbeiter verdient 7 bis 9 Mark, der französische Metallarbeiter 9 bis 10 Mark die Stunde. Nun darf man nicht vergessen, daß auch in den Ländern der Entente die Lebensmittelpreise gegenüber der Vorkriegszeit um das Zwei- bis Vierfache gestiegen sind, daher hat sich die Lage der Arbeiter doch trotz der scheinbar hohen Löhne keineswegs verbessert. Wie ungeheuer viel schlechter stehen aber demgegenüber die deutschen Arbeiter da! Bei uns haben sich die Warenpreise um das Zehn- bis Zwanzigfache verteuert, die Löhne der Arbeiter sind im Durchschnitt aber um höchstens das Fünffache gestiegen. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich also die Lage der deutschen Arbeiter mindestens um die Hälfte verschlechtert.

Diese Tatsachen bleiben bei der deutschen Steuerleggebung ganz unberücksichtigt. Im Gegenteil, die Nationalversammlung ist bei der Einkommensteuer hinter die früheren Verhältnisse noch zurückgegangen. In England beträgt das steuerfreie Existenzminimum beim Arbeitseinkommen für einen Familienvater mit zwei Kindern 320 Pfund. Nach dem heutigen Geldstande würde das für Deutschland die Steuerfreiheit eines Einkommens aus Arbeit von etwa 50 000 Mark bedeuten. Die deutsche Einkommensteuer zieht aber schon die Einkommen von 1800 Mark heran, bei einem verheirateten Mann mit zwei Kindern beginnt die Steuer bei einem Einkommen von 3700 Mark. Bei uns also wird im wahren Sinne des Wortes der Hunger besteuert. Und nicht nur das: In Form des Steuerzuschusses wird eine Zwangsanleihe auf die arme Bevölkerung gelegt, sie sollen das Reich vor dem Untergang bewahren, in den es durch die Schuld der bestehenden Klassen zu geraten droht.

Aber es gibt eine Grenze für das Recht des Staates und für die Pflicht des Staatsbürgers. Schon der bekannte Finanzwissenschaftler Focke, ein durchaus bürgerlicher Mann, hat festgestellt, die Steuerpflicht könne „nicht zur Geltung kommen, wenn dem Rechte des Staates auf die Leistung das ältere und klarere Recht des Menschen auf sein Dasein gegenübertritt.“ Dieses Recht auf sein Dasein hat das Proletariat zu verteidigen; wenn die bestehenden Klassen gewissenlos genug sind, das „Waterland“ im Elend versinken zu lassen, so hat der Arbeiter das Recht, das Interesse für sich selbst und für seine Klasse dem Interesse des Staates voranzustellen. Wenn das Reich, wie der Finanzminister behauptet, darüber zugrunde gehen sollte, so haben die Verantwortlichen dafür ganz allein die bestehenden Klassen zu tragen.

## Um die Erhaltung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, am 3. Juli.

Das Haus weht heute schon sehr bedenkliche Lüden auf, obwohl Dinge beraten werden, die das Interesse jedes einzelnen Volksgenossen haben und ihn zur Stelle bringen müßten. Der Kampf dreht sich um die Erhaltung eines der reaktionären Volkswerke, nämlich um die Militärgerichtsbarkeit.

Die Rechte des Hauses setzten alle Kraft ein, um zu verhindern, daß das Marburger Schandurteil besprochen wird. Der Reichsweheminister erklärte, die Interpellation unserer Fraktion sei deshalb nicht beantwortbar zu können, um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die alte gute Tradition, nicht in schwebende Gerichtsverfahren einzugreifen, müsse beibehalten werden.

Je länger freilich die Besprechung des Urteils hinausgeschoben wird, um so mehr flaut auch das Interesse dafür ab, und das ist es gerade, was die Rechtsparteien wünschen und deshalb ihre Verschleppungsmanöver mit Erfolg durchführten. Sie konnten freilich nicht verhindern, daß das Urteil dann bei dem Antrage auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit doch schon gebührend behandelt wurde. Durch Hammelsprung wurde festgestellt, daß dem Wunsche des Reichsweheministers auf Nichtbesprechung des Marburger Urteils entsprochen wurde.

Zwischenbüch würde der Notfall von 14 Millionen Mark vorausgesetzt, wozu unser Genosse Crispian eine Begründung für die ablehnende Haltung unserer Fraktion gab.

Der Reichstag der Nationalversammlung war es am letzten Tage vor Schluß der Nationalversammlung gelungen, die Beratung des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu verhindern. Sie suchte auch heute mit allen Kräften parlamentarischer Geschicklichkeit den Antrag zu Fall zu bringen und als sie einsehen mußte, daß sie ihr Ziel nicht erreichen werde, beantragte sie, das Gesetz an einen Ausschuss zu verweisen, wo eine „gründliche“ Beratung stattfinden müsse. Von unserer Fraktion sprach Genosse Dr. Rosenfeld und wiederholte den Standpunkt, den unsere Fraktion schon in der Nationalversammlung zu der Vorlage eingenommen hatte. Als er schließlich einen Helfer der Marburger Nordbuben nannte, zog er sich einen Ordnungsruf zu.

Die Redner der Rechtsparteien suchten, wie schon in der Nationalversammlung, nachzuweisen, daß nur Militärgerichte über militärische Angelegenheiten sprechen könnten und daß daher die Republik sehr bald die Erfahrung werden machen müssen, daß wieder Militärgerichte eingeführt werden müßten. Die Redner des Zentrums und der Demokratischen Partei erklärten sich merkwürdigerweise für Ausschussberatung, obwohl das Gesetz schon seit und seitlich von der Nationalversammlung her vorliegt. Sie meinten allerdings, ihre Zustimmung geschehe nur unter der Voraussetzung, daß das Gesetz „allerhöchstens“ beraten werde.

An einer Reihe von Beispielen zeigte der Kommunist Lebt die doppelte Buchführung bei den Gerichten, wenn es sich um Kommunisten oder um Angehörige der bürgerlichen Klassen handelt. Mit Mehrheit wurde schließlich beschlossen, das Gesetz an einen 21 gliedrigen Ausschuss zu verweisen.

Gegen die Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Kriegsgeldwörter wandten sich die Abgeordneten Warmuth und Rieher mit besonderer Heftigkeit. Sie behaupteten, daß durch das gewonnene Material kein unparteiisches Urteil herauskommen könne, solange nicht auch die Archive der am Kriege beteiligten gewesenen anderen Staaten geöffnet seien. Ihnen antwortete Genosse Breitscheid, daß dies unter Umständen solange dauern könne, daß dann kein lebendiger Zeuge mehr vorhanden sei, der vernommen werden könne. Wenn auch die Unabhängige Fraktion keine allzu großen Hoffnungen auf einen solchen Ausschuss habe — und durch den letzten Ausschuss sei ihre Meinung als richtig erwiesen worden —, so verheißte sie sich aber doch nicht, daß es gut sei, wenn das Material, das zum Teil schon bekannt sei, noch amtlich festgesetzt werde. Besonders müsse vor allzu großen Hoffnungen auf einen solchen Ausschuss gewarnt werden, weil ihm Mitglieder angehören, die eigentlich selber vor ein Gericht gehörten und hier gewissermaßen Richter in eigener Sache seien. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Volksparteier wird die Einsetzung des Ausschusses dann beschlossen.

Einem andern wichtigen Ausschuss einzusetzen wurde ebenfalls beschlossen, und zwar einen solchen, der die Geschäftsgewahren der Kriegsgesellschaften usw. prüfen soll. Geht dieser Ausschuss ernstlich ans Werk, so kann einmal der Patriotismus, mit dem sich die Militärs und die bestehenden Klassen während des Krieges so gebrüstet haben, in eine prächtige Befeuchtung gerückt werden.

In der Montagssitzung werden die Anträge unserer Fraktion über die Ernährungswirtschaft behandelt werden.

## Nochmals die „aufgelöste“ Zeitfreiwilligenformation.

In unserer Nummer vom 11. Juni brachten wir einen Artikel Die Reaktion rückt, in dem wir an der Hand von Dokumenten, die uns ein für unabhängige Redaktionen stets günstiger Wind auf den Schreibtisch geweht hatte, nachweisen konnten, daß die Zeitfreiwilligen-Formationen zwar formell „aufgelöst“, tatsächlich aber, nachdem sie eine kleine Metamorphose in der Organisation durchgemacht haben, wie ein Phönix aus ihrer Asche in neuer Gestalt auferstanden sind. Da uns der Wind auch weiterhin günstig blies, kam uns ein neues Dokument in die Hände, das die ganze Affäre von der „Auflösung“ der Zeitfreiwilligen in einem besonderen Licht erscheinen läßt.

Am 11. Juni erschien unser Artikel mit den durch seine noch so energischen Dementis des Herrn Senfft von Pilsach aus der Welt zu leugnenden Beweismitteln, die es allen, auch den Ungläubigsten, zeigten, daß alle Erklärungen über die „Auflösung“ der Zeitfreiwilligenformationen un wahr sind. Am 14. Juni schickte Herr Senfft von Pilsach eine lange Erklärung an die Leipziger Presse, in der er aufs neue beteuert, daß das Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig aufgelöst ist. Bevor er dieses Schreiben an die Presse sandte, wurde vom Abwicklungsamt eine Mitteilung an die Zeitfreiwilligen geschickt, in der ihnen eröffnet wurde, daß nach einem Erlaß der Regierung die Zeitfreiwilligen-Verbände seit 10. Mai als aufgelöst zu betrachten sind, also auch das Leipziger Zeitfreiwilligen-Regiment. Die Angehörigen dieser Formation sollten sich deshalb als nicht mehr zum Zeitfreiwilligen-Regiment gehörig betrachten und davon Kenntnis nehmen, daß der Ausweis dieses Regiments ungültig sei. Die sich noch in ihren Händen befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände seien umgehend bei der Abwicklungsstelle einzuliefern.

Nachdem dieses Schreiben an die Zeitfreiwilligen hinausgeschickert war, glaubte Herr Senfft von Pilsach es mit seinem Gewissen vereinbaren zu können, wenn er in seiner Erwidderung vom 14. Juni feststellte: „Das Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig ist aufgelöst.“ Er schreibt allerdings nicht dazu, wann und wie die „Auflösung“ vollzogen wurde. Das Interessante an der Sache ist, daß der Zeitfreiwilligen-Ausweis zwar für ungültig erklärt wird, daß Angehörige des Zeitfreiwilligen-Regiments aber in der Wahlwoche in der Kaserne 107 einen neuen Ausweis ausgehändigt bekommen, der sie als Angehörige des Reichswehrregiments 38 legitimiert und sie zum Waffentragen berechtigt. Das Schreiben, das von der Abwicklungsstelle am 14. Juni an die Zeitfreiwilligen geschickt wurde, verdankt seine Entstehung lediglich dem Umstande, daß wir am 11. Juni den Herren Militärs mit unserm Artikel ein wenig auf die Nerven spielten und sie sich nun formell mit diesem „Auflösungs-Schreiben“ der Öffentlichkeit gegenüber stellen wollten. Zusammenfassend ist es noch etwas eigenartig, wenn nach den Mitteilungen der Regierung im Mai bereits die Auflösung der Zeitfreiwilligen-Verbände als vollzogen gemeldet wurde, in Leipzig aber diese

Auflösung erst am 1. Juni formell stattfand und zwar erst dann, als wir die Abwicklungsstelle an die Notwendigkeit der Auflösung erinnert hatten.

Wie steht es denn nun aber um die Ablieferung der Waffen? Vierzehn Tage sind seit der Aufforderung an die Zeitfreiwilligen, die Waffen abzuliefern, verstrichen, und die Abwicklungsstelle hat nichts unternommen, in den Besitz der Waffen zu gelangen, die bis heute noch nicht abgeliefert sind. Die Zeitfreiwilligen wissen ganz genau, daß die Mitteilung über die Auflösung ihres Regiments und die Aufforderung zur Waffenablieferung nicht ernst zu nehmen, sondern lediglich als Formfrage anzusehen ist, wurde ihnen doch in der Wahlwoche in der Kaserne 107 all das ganz genau erläutert. Und warum sollen sie ihre Waffen abliefern, da sie doch außer dem ungültig erklärten Waffenschein noch einen neuen Waffenschein vom 1. Juni besitzen, der den Stempel des Grenzjägerregiments 38 trägt und nicht für ungültig erklärt wurde. Sie werden also weiterhin ihre Waffen leibensruhig behalten und auf den Befehl warten, der sie auffordert, teilzunehmen am blutigen Kampf gegen das Volk.

Wie fragen Herrn Senfft von Pilsach.

1. Ist der Brigade bekannt, daß das genannte Schreiben an die Zeitfreiwilligen, das zur Waffenabgabe auffordert und die Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments bekannt gibt, erst am 14. Juni abgehandelt wurde, also nachdem unser Artikel erschienen war, und unmittelbar vor der Veröffentlichung der Erwidderung des Brigade-Kommandeurs?

2. Ist der Brigade bekannt, daß trotzdem bereits 14 Tage seit der Aufforderung zur Waffenabgabe verstrichen sind, der größte Teil der Zeitfreiwilligen immer noch im Besitz seiner Waffen ist?

3. Was gedenkt die Brigade zu tun, um diese Waffen in ihre Hände zu bekommen?

Solange wir uns nicht davon überzeugt haben, daß die Zeitfreiwilligen in Leipzig tatsächlich entwaffnet sind, und solange die von uns am 11. Juni mitgeteilten Tatsachen nicht widerlegt werden können — und das konnte Herr Senfft von Pilsach bis heute noch nicht — solange bleiben wir bei unser Behauptung: Die Zeitfreiwilligen-Verbände sind formell „aufgelöst“, bestehen aber tatsächlich als Reichswehregiment der Reichswehr weiter.

## Die bairischen Einwohnerwehren liefern Waffen nach Oesterreich.

Am 1. Juli berichteten wir von einer Waffenlieferung, die von den Innsbrucker Arbeitern beschlagnahmt wurde. Wie unser Münchner Parteiblatt, der Kampf, dazu erzählt, sind diese Waffenlieferungen nach Oesterreich von den bairischen Einwohnerwehren organisiert und geliefert, und zwar ist besonders die Abwicklung Genosse Dr. Rosenfeld, ein bairischer Einwohnerwehr in die Angelegenheit verwickelt. Genant Brandl, der durch den Fallauer Skandal berühmt ist und längst hinter Schloß und Riegel gehört, leitete am Freitagvormittag den Waffentransport nach Innsbruck, wobei er als Führer verkleidet war. Der stellvertretende Leiter der bairischen Einwohnerwehren, Herr Kanaler, ist die Seele der Waffentransporte nach Tirol. Herr Kanaler hat sich acht Fallauer Offiziere kommen lassen und einen direkten Generalstab geschaffen, der allwöchentlich geheime Sitzungen abhält. — Was sagt der Reichswehrminister dazu, daß die „unpolitischen“ Einwohnerwehren bairische Waffen an die österreichischen Monarchisten liefern?

## Proletenstreiks gegen den Steuerabzug.

Die Bergarbeiter in Mansfeld und im Mansfelder und Merseburger Kreise (Gleiftha) sind wegen des 10prozentigen Steuerabzugs vom Lohn in den Streik eingetreten. Sie sind unter keinen Umständen nach der jetzigen Stimmung gewillt, die Arbeit vor der Herausnahme der Lohnabzugsbestimmung aus dem Gesetz wieder aufzunehmen und sie empfinden den Steuerabzug als eine nackte Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiterklasse, die sie ja in Wirklichkeit auch darstellt. Wahrscheinlich wird der Streik in Mansfeld und Merseburg auf die umliegenden Gebiete übergreifen, so daß zu befürchten steht, daß in den nächsten Tagen der gesamte Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands zum Stillstand kommt. — Auch in den anderen industriellen Unternehmungen Mitteldeutschlands macht sich eine sehr starke Bewegung gegen den Steuerabzug bemerkbar. So hat der Betriebsrat des großen Deuna-Werkes bei Merseburg, das hauptsächlich Düngemittel herstellt, in einem dringenden Telegramm an das Reichstagspräsidium im Namen der fünfundsiebenzigtausendköpfigen Belegschaft die schleunige Aussetzung des Lohnabzugs gefordert, um einen Streik auf diese für die gesamte Landwirtschaft außerordentlich wichtigen Unternehmungen zu verhindern. Auch aus den übrigen Teilen Deutschlands, besonders aus dem Rheinland, kommen Nachrichten über große Demonstrationen gegen den Steuerabzug. Die Belegschaften des Bornaer Braunkohlenreviers sind wegen des zehnprozentigen Steuerabzugs in einen Proteststreik eingetreten.

Mühlhausen, 3. Juli. Die Belegschaftsversammlung der Zeche Gustav in Dettlingen beschloß am Nachmittag die Fortsetzung des Streiks. Die Mehrheit will mit diesem Beschluß erreichen, daß die Kommission des Reichstags schleunigst die Aufhebung des zehnprozentigen Steuerabzugs beschließt. Darüber hinaus drohen bereits neue Lohnforderungen. Die Streikführer hoffen, durch Abbrochlung der Betriebe die Arbeiter von Mühlhausen, Darnaß, Hanau usw. in den Streik mit hineinzuziehen, der sich von da weiter verbreiten soll. Es werden keine Notstandsarbeiten verrichtet, Dettlingen ist ohne Trinkwasser.

## Revision der Steuerabzugsbestimmungen?

Der vom Reichstag zur Überprüfung des Lohnabzugs eingesetzte Ausschuss beschloß in seiner Sitzung am 3. Juli, einen Inter-Ausschuss einzusetzen, der die Frage einer Milderung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen prüfen soll. Es wird daran gedacht, den Lohnabzug zwar nicht zu beseitigen, ihn aber doch nicht mehr in einer geringeren Höhe von 10 Prozent des Lohnes zu erheben, sondern ihn je nach der Höhe des Einkommens zu staffeln. Der Inter-Ausschuss nimmt seine Arbeiten am 5. Juli auf, so daß zu erwarten steht, daß noch im Laufe der kommenden Woche eine Revision des Lohnabzugsverfahrens vom Reichstage beschlossen werden kann.

## Die Bewegung gegen den Lebensmittelwucher.

Freiburg im Breisgau, 3. Juli. Zu einem Akt der Selbsthilfe des Publikums kam es heute auf dem Wochenmarkt. Eisenbahner und organisierte Arbeiter erschienen morgens auf dem Markt und setzten die Preise fest. Es ereigneten sich keine Ausschreitungen.

Münster, 3. Juli. Gestern Nachmittag kam es hier zu einer Kundgebung gegen die Teuerung der Lebensmittel. In einer Versammlung auf dem Marktplatz wurde beschlossen, die Lebensmittelpreise auf die Hälfte herabzusetzen und diesen Beschluß den Händlern sofort mitzuteilen. In einem Beschluß wurden die Lebensmittel zu den um 50 Prozent herabgesetzten Preisen von Demonstranten sofort selbst verkauft. Zu Ausschreitungen ist es sonst nicht gekommen.

## Die Werkzeuge der Reaktion.

Bei den Bremer Lebensmittelfürungen haben auch die Antisemitische, die in Bremen über eine starke Ortsgruppe des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ verfügen, eine „rührige“ Rolle gespielt. Auf dem Marktplatz und bei den Menschenansammlungen vor den Geschäften der Stadt sah man bestergerleibte „Herren“ wie Wiesel hin- und herlaufen. Sie beteiligten sich lebhaft an den Debatten und forderten teilweise ganz unverhüllt dazu auf, die großen jüdischen Warenhäuser von Karstadt, Henmann u. Neumann, Wambarger usw. zu schließen, denn „die hätten ja noch gar nichts abbetommen“. Man hörte von den geschäftigen und bestergerleibten „Herren“ Ausrufungen, wie: „Die verdammten Händler und Juden sind schuld daran, daß alles so teuer ist.“ Andere ließen Worte fallen, wie: „man müßte sie alle aufhängen! In den Warenhäusern da liegt alles aufgestapelt bei den verdammten Juden!“ In der Bremer Hauptstraße vor einem jüdischen Kaufhause unterhielten sich zwei Herren. Der Eine: „Wenn die Juden nicht wären, dann hätten wir alles in Mücke und Fülle.“ Der Andre: „Man müßte sie einräuchern!“ Als einer unserer Genossen auf der Straße über die Schuldigen an den Anzügen sprach, fiel ihm ein solcher Antisemite in die Rede: „Sehr richtig, auch die Reinerung hat schuld, die Lebensmittelfürungen bestehen zum Teil aus Juden, die müssen vernichtet gemacht werden!“ — Es ist die alte Geschichte. Wenn es gilt, irgendwelchen reaktionären Streich auszuführen, müssen selbstverständlich auch die Antisemiten dabei sein.

## Fehrenbach Präsidentschaftskandidat?

Karlsruhe, 8. Juli. (Z.) Zu der Frage der Reichspräsidentenwahl teilt der Badische Beobachter, der gute Beziehungen zum Reichskanzler Fehrenbach unterhält, mit, daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in weiteren politischen Kreisen einschließlich der Sozialdemokraten der Gedanke einer Aufstellung des fehligen Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidaten für die Präsidentschaft bereits erörtert worden sei. Ob Fehrenbach freilich geneigt ist, dieses Amt zu übernehmen, erscheint recht fraglich.

## Für die Abschaffung der Todesstrafe!

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bekanntlich stets an der Forderung des Exekutiv Programms nach Abschaffung der Todesstrafe festgehalten und sie auch bei der Verfassungsberatung in Weimar vertreten. Trotz ihres Widerpruchs aber wurde damals die Todesstrafe beibehalten. Sie hat nunmehr im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:  
§ 1. Die Todesstrafe wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt bis zur Reform des Strafgesetzbuchs die jetzt zulässige Höchststrafe. § 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

## Die Konferenz in Brüssel.

Brüssel, 8. Juli. (Savoy-Neuter.) Die Konferenz von Brüssel ist beendet. In der letzten Sitzung wurde von den Vertretern der Sachverständigenausschüsse über die militärischen, maritimen und Luftfahrtauglichkeitskenntnis genommen, in denen sich die deutsche Regierung offenbar im Rückstande mit Bezug auf die ihr vom Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen befindet. Sodann wurde der vorläufige Verlauf der Verhandlungen von Spa geprüft. Es wurde bestimmt, daß die nächste Sitzung am Montag, dem 5. d. M., 11 Uhr vormittags, in Spa stattfinden wird. Die deutschen Delegierten werden eingeladen werden, daran teilzunehmen. Schließlich trat die Konferenz in eine Prüfung der amtlichen Mitteilung des Wiedergutmachungsausschusses ein, die sich auf den Rückstand Deutschlands in der Kohlenlieferung bezieht, in welcher Angelegenheit auch die vorläufig festgesetzten verminderten Bedingungen nicht erfüllt sind.

Nach einem Bericht des Bureaus Savoy-Neuter soll es auf der Konferenz zu einem Konflikt zwischen Belgien und Italien gekommen sein, weil Italien verlangt habe, daß Belgien zugunsten Italiens auf einen Teil seines Entschädigungsanteils verzichten solle. Nach einer späteren Mitteilung desselben Bureaus wird die Nachricht über den angeblichen Konflikt von italienischer Seite als unzutreffend erklärt. Es wird auch gemeldet, daß eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden sei: Frankreich erhält 32 Prozent, England 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent, Serbien 5 Prozent; der Rest wird unter Rumänien, Portugal und Japan verteilt. Italien soll außerdem noch eine Kompensation wirtschaftlicher und finanzieller Art erhalten.

Brüssel, 8. Juli. (Savoy-Neuter.) Nach Mitteilungen aus guter Quelle soll die Frage der Wiedergutmachungen keine Regelung gefunden haben. Die Erörterungen sollen in privaten Zusammenkünften fortgesetzt werden. Es besteht die Hoffnung, daß man dort zu einer Einigung über die Frage gelangen wird.

## Entwaffnung Deutschlands um jeden Preis.

Brüssel, 2. Juli. Am Nachmittag fand unter Pochs Vorsitz eine Zusammenkunft der militärischen Sachverständigen über die der Konferenz zur Entscheidung vorzuliegende militärischen Fragen statt. Davon berichtet dazu: Infolge der Umstände, unter denen Deutschland die militärischen Klauseln des Versailles-Friedensvertrages ausgeführt hat, war die Konferenz der Ansicht, daß Deutschland um jeden Preis entwaffnet werden müsse. Die Maßnahmen sind beantragt worden, die Mittel und Wege zu suchen, um Deutschland zur Ausführung des Vertrages zu zwingen.

## Übung der österreichischen Regierungskräfte

Wien, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Wiener Regierungskräfte sind gestern gelöst worden. Der Hauptausgang hat den Vorschlag auf Einsetzung eines sogenannten Proporz-Kabinetts angenommen, und auch eine Einigung über die Zusammensetzung dieses Kabinetts erzielt. Jede der drei Parteien: Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutsche belegen die ihnen nach ihrer Stärke zufallenden Staatsämter. Das neue Kabinett wird keinen Kanzler und keinen Vizekanzler haben. Die Leitung der Staatskanzlei soll der Staatssekretär Mayer, der gleichzeitig weiter mit der Vorbereitung der Verfassung sich beschäftigt, erhalten. Sein Vertreter ist der sozialdemokratische Staatssekretär für soziale Verwaltung Hanisch. Das am meisten umstrittene Amt für Inneres ist schließlich den Christlichsozialen zugefallen; da aber keine Parteigehörigen ernannt werden sollen, so ist das Amt dem Sektionschef der Staatskanzlei Breisky übertragen worden, um dadurch zu dokumentieren, daß dieses wichtige Amt in der Wahrheit neutralisiert bleiben müsse. Die Christlichsozialen haben in den meisten ihnen zugefallenen Ämtern einen Personalwechsel eintreten lassen. Die Großdeutschen haben für das Justizamt den früheren deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kollet ernennen lassen, der bisher Präsident des Obersten Gerichtshofes war. Die Sozialdemokraten

haben ihre Mandate beibehalten; Dr. Renner selbst allerdings aus der Staatskanzlei aus und übernimmt das Auswärtige. Aus dem Kabinett scheiden der frühere Staatssekretär des Inneren Ebersch und der Vizekanzler Fink aus. Die Portfeuille für Finanzen, Verkehrs- und Ernährungswesen bleiben in den Händen von Beamten.

## Die Vorgänge im Osten.

### Der polnische Meeresbericht

Meldet unter dem 2. Juli: Starke feindliche Angriffe auf unsere Stellungen am Fluß Czernica wurden durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer abgelehnt. Längs der Beresina herrscht Ruhe. Bei Scaciki brachen die polnischen Truppen aus Polen den Poltschen eine ernste Niederlage bei. Nordlich der Eisenbahnlinie Kalenowice-Mogilewica griffen die Bolschewiken zweimal mit großer Heftigkeit mit ihren Sturmtruppen an, wurden aber beide Male zurückgeschlagen. Auf dem Prypeßfluß entfalten die feindlichen Fahrzeuge eine lebhafteste Tätigkeit. An den Flüssen Hotscha und Sluz dauern die heftigen Kämpfe an. In Bobolow hat General Krajewski größere bolschewistische Streitkräfte gesprengt, die im Begriff waren, eine neue Offensive einzuleiten.

Über London wird ein polnischer Generalstabbericht gemeldet, in dem es dagegen heißt: Die Polen haben über eine breite Front südlich des Prypeßflusses dem Druck der roten Truppen weichen müssen.

Im Gegensatz zu den Berichten über die Erfolge der Polen stehen auch eine Anzahl anderer Meldungen, die um größten Teil über England kommen. Diese Berichte über rasches Vordringen der Russen sind mit einiger Vorsicht aufzunehmen, da sie ausschließend von einer Seite ausgehen, die ein großes Interesse daran hat, die bolschewistische Gefahr mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa recht groß erscheinen zu lassen. Dafür spricht auch die folgende Meldung:

Amsterdam, 8. Juli. Einer Reuters-Meldung aus Brüssel zufolge wird sich der Oberste Rat auch mit einem von Polen vorgelegten Ersuchen um militärische Unterstützung durch die Alliierten, zu befassen haben. Marshall Foch wurde beauftragt, über diesen Gegenstand einen Bericht vorzulegen.

Über die angeblichen großen

### Erfolge der roten Armee

wird gemeldet:

London, 8. Juli. Nach einer Times-Meldung aus Brüssel verließen die Bolschewiken eine neue große Eroberung über die Polen. Die Rote Armee stehe 5 Kilometer vor Rowno.

London, 8. Juli. Daily Mail erzählt aus Brüssel, nach den letzten Nachrichten aus Polen sei die Stadt Lemberg in die Hände der roten Armee gefallen.

### Günstiger Verlauf der russisch-italienischen Verhandlungen.

Rom, 8. Juli. Nach einer Meldung der Italo-russischen Telegraphen-Agentur schreiten die Friedensverhandlungen mit Ruhland vorwärts. Die Grenzfrage ist beinahe völlig zugunsten Italiens gelöst. Man ist fast in allen Fragen zu einem Ausgleich gelangt. Die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten glaubt man in kurzer Zeit beseitigen zu können.

### Die lettisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 8. Juli. Das hiesige Lettische Telegraphenbureau teilt aus Riga mit: Infolge gegenseitiger Ueberzeugung zwischen Lettland und Sowjetrußland werden die lettisch-russischen Friedensverhandlungen von Rostau nach Riga verlegt.

### Zum Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam, 8. Juli. (Z.) Wie das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilt, wird in der Sitzung des Internationalen Bureaus, das anlässlich des Kongresses des Belgischen Gewerkschaftsbundes vom 3. bis 7. Juli in Brüssel zusammentritt, die weitere Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der Frage des Boykotts gegen Ungarn näher festgestellt werden. Inzwischen wird der Boykott ungehindert fortgesetzt, und die beteiligten Organisationen werden aufgefordert, Maßnahmen für eine eventuelle Verschärfung des Boykotts zu treffen.

### Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 4. Juli. (Savoy.) Die aus Anatolien eintreffenden Nachrichten lassen erkennen, daß es mit den nationaltürkischen Streitkräften nicht so steht. Sie haben die Gebiete von Jungubdat und Semid verlassen und sich vor den griechischen Truppen in der Gegend von Smyrna zurückgezogen. Man glaubt, Kemal Pascha werde sein Hauptquartier von Angora nach Sinas verlegen. Aus dem östlichen Theatere wird gemeldet, die Ruhe sei dort wieder hergestellt, es seien aber Anzeichen dafür vorhanden, daß gegen den griechischen Vormarsch ein Widerstand organisiert werde.

### Folgen schweres Bombardement in Philippopol.

Wien, 8. Juli. (Z.) Die Neue Freie Presse meldet aus Sofia: Während eines Vortrags zugunsten der Opfer des bolschewistischen Terrors im Odeontheater in Philippopol explodierten mehrere Bomben, wodurch das Theater teilweise zerstört wurde. Unter den Trümmern blieben etwa 100 Personen. Auf den Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Man vermutet, daß ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Stambuloff beabsichtigt war, dessen Versuch im Odeontheater erwartet wurde.

### Das Kabinett Giolitti gefährdet?

Rom, 4. Juli. Die Katholische Volkspartei droht plötzlich, von der Regierung abzuweichen, weil diese sich nicht für den Proporz bei den Gemeindevahlen, eine Hauptforderung der Katholiken, einsetzen will. Kommt kein Vergleich in dieser Frage zustande, so ist die Stellung Giolittis gefährdet.

### Die Alandsfrage.

Nach einer Temps-Meldung aus London hat der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetrepublik, Tschitscherin, gegen die Regelung der Alandsfrage ohne Zustimmung Englands Einspruch erhoben. Es bestehe kein Vertrag, der den Verzicht der russischen Republik auf diese Inseln ausgeprochen habe. Nach den Meldungen finnischer Blätter gegen die finnische Regierung die Note des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten nicht zu beantworten. — Das schwedische Blatt Dagens Nyheter meldet aus Helsingfors, daß die finnische Regierung die schwedische Note erörterte. Das Blatt erklärt, die finnische Antwort werde die schwedische Regierung nicht befriedigen. — Wie Berlinsteins Tidning aus Helsingfors meldet, hat der Staatsanwalt beim Dolmetscher beantragt, gegen die beiden nationalfinnischen Führer Wikström und Sundström Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu erheben.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Der Zustand der Landarbeiter ist noch nicht in sämtlichen Kreisen Pommerns beendet: Im Kreise Belgard in Groß-Polen, ist es sogar zu Zusammenstößen gekommen, bei denen der deutschnationalen Parteiführer Passarge schwer verletzt worden sein soll. Eine Schwadron der Belgarder Husaren ist nach Groß-Tschow abgerückt.

Vom Landarbeiterverband wird aus über den Zustand mitgeteilt:

Über den Streik der hinterpommerschen Landarbeiter werden sehr viele falsche Nachrichten verbreitet. Die Organisation der Landarbeiter wird öffentlich beschuldigt, den Streik seit langem vorbereitet und ohne Grund provoziert zu haben. Wenn man erfährt, daß all diese Nachrichten aus einer und derselben Quelle, aus der Geschäftsstelle des Pommerschen Landbundes stammen, dann weiß man ihren Wert richtig einzuschätzen.

Der Landarbeiterverband hat weder den Streik in Hinterpommern vorbereitet, noch hat er durch eine einzige Handlung zu dem Streik beigetragen. Die hinterpommerschen Landarbeiter sind ganz ausschließlich zur Arbeitseinstellung geschritten, ehe alle Schiedsstangen durchlaufen waren, weil sie seit Monaten von dem Pommerschen Landbund in der unerwartetsten Weise behandelt wurden. Sie haben seit Monaten auf eine Verbesserung des sogenannten Zwangsstarfs gedrungen, dessen Lohnsätze durch die fortschreitende Steigerung der Preise gerade für die unentbehrlichsten Bedarfsartikel des Landarbeiters längst überholt waren. In allen übrigen Provinzen Preußens und im übrigen Deutschland haben die landwirtschaftlichen Arbeitgeber im Laufe der letzten Monate anerkannt, daß die Verhältnisse sich zumgunsten der Landarbeiter verändert haben und haben sich zu einer verhältnismäßigen Erhöhung der Barlöhne verstanden. In Hinterpommern hatte es aber der Pommersche Landbund, hinter dem die Herren v. Wangenheim, v. Herzberg, Loitin und andre stehen, sich vorgenommen, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, um wieder die unbeschränkte Macht über ihre Arbeitskräfte zu erlangen. Als die Rechtsgrundlage des Zwangsstarfs aufgehoben war, weigerten sich die Arbeitgeber, in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrags einzutreten. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen, in dem die Arbeitgeber und einige Arbeitnehmervertreter vom Pommerschen Landbund sich dafür entschieden, nicht einen Tarif für den ganzen Regierungsbezirk, sondern durch die Spruchkammern der einzelnen Kreise Tarife abzuschließen zu lassen.

Es bestand nun nach Ansicht der Landarbeiter die Gefahr, daß die Arbeitnehmervertreter des Pommerschen Landbundes in den einzelnen Spruchkammern mit den Arbeitgebern zusammen eine Mehrheit bilden und in allen Kreisen sehr ungünstige Tarife abschließen würden. Sie verlangten von ihrer Organisationsleitung die Genehmigung zum Eintritt in den Streik. Auch jetzt noch verlangt dies die Organisationsleitung und gab den telegraphischen Bescheid:

„Vorstand und Beirat verlangen, daß Schiedssprüche der Kreisprüfkammern abgewartet werden. Befürchtung, daß Schiedssprüche wegen Teilnahme von Landarbeitnehmern ungünstig ausfallen, wird von uns nicht geteilt. Auf rasche Einleitung durch Kreisprüfkammern ist hinzuwirken. Sollten einzelne Kreise ungünstig ausfallen, kann mit größerem Nachdruck kreisweise Kampf geführt werden.“

Die Befürchtungen der Landarbeiter bestätigten sich im Kreise Köslin. Hier fand sich ein Arbeitnehmervertreter in der Sitzung der Spruchkammer am 21. Juni, der mit den Arbeitgebern zusammen eine Verlängerung der Arbeitszeit um 187 Arbeitsstunden bewilligte, der gegenüber nur ein geringer Ausgleich in der Barlohnverteilung Platz greifen sollte. Der Barlohn lag bei 1400 M. betragen.

Durch den geschlossenen Streik sind nun die Arbeitgeber in den andern Kreisen doch zu der Einsicht gekommen, daß man es nicht auf einen für die Arbeiter ungünstigen Entscheid der Kreisprüfkammern ankommen lassen dürfe. Es haben mittlerweile direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern stattgefunden, die zu dem Abschluß von Tarifverträgen in den Kreisen Dramburg, Kolberg, Stolp und Schlawe führten. In den Kreisen Kummelsburg, Bublitz, Lauenburg und Biltow ist am 25. Juni verhandelt worden. Ebenso soll in Belgard und Neustettin verhandelt werden. Gegenwärtig wird nur noch gestreikt in den Kreisen Lauenburg und Köslin.

Aus Vorstehendem ist für die Bevölkerung ersichtlich, daß nicht, wie eine gewisse Presse behauptet, vornehmerische Absichten der Organisation der Landarbeiter dem Streik und einer Schädigung der Volksernährung zugrunde liegen, sondern daß nur der mangelnde Wille der Arbeitgeber bisher eine Einigung mit den hinterpommerschen Landarbeitern verwehrt hat.

### Verhandlungen und Schiedsgericht im Bauergewerbe Sachsens.

Am 30. Juni 1920 lief das Lohnabkommen und Tarifverhältnis für das Bauergewerbe im Freistaat Sachsen ab. In örtlichen und bezirksweisen Verhandlungen einigten sich Arbeiter- und Unternehmervertreter auf einen einheitlichen Tarifvertrag. Die Lohnfrage wurde am 3. Juli 1920 einem unparteiischen Schiedsgericht in Dresden unterbreitet. Der Schiedsgerichtspräsident:

Für Lohnklasse I und II 60 Pfa., für Lohnklasse III 60 Pfa. und für Lohnklasse IV und V 70 Pfa. Lohnobergrenze pro Stunde. Von den Vertretern der Unternehmer wurde dieser Schiedspruch abgelehnt. Auf Grund der gegebenen Situation ist eine Fortführung der Verhandlungen erzielt worden, daß in allen Lohnklassen eine Lohnobergrenze von 65 Pfa. unter Aufrechterhaltung der bereits vereinbarten Grundlätze eintritt. Falls Arbeiter und Unternehmer bedingungslos zustimmen, soll der erhöhte Stundenlohn ab 2. Juli 1920 in Kraft treten und am Freitag, dem 16. Juli, zur Auszahlung gelangen.

Unverändert ist die Regelung der Arbeitsstunden besprochen worden. Der Vertreter des Bauergewerbes hat sich bereit erklärt, für folgende Regelung innerhalb seiner Organisation einzutreten: Auswärtig arbeitende Arbeiter erhalten in den ersten vier Wochen 12 M., Verheiratete 14 M., nach vier Wochen Ledige 8 M., Verheiratete 10 M. Auszahlung pro Tag.

In den nächsten Tagen werden die Arbeiterorganisationen des Bauergewerbes zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung nehmen.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Die Fachzeitung für Schneider als Organ des Verbandes der Schneider usw. hat entsprechend der Forderung des Verbandes in Deutschen Bekleidungsarbeiterverband ihren Namen geändert in Bekleidungsarbeiter, Organ des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Sitz Berlin. Die Redaktion bemerkt dazu: Die kurz gefasste Firmierung bedeutet keine Bevorzugung einer Gruppe oder Branche. Im Gegenteil: der Namenswechsel unseres Verbandes und der Fachzeitung ist der erste Schritt auf dem Wege zu einer einzigen, großen Organisation aller Hand- und Kopfarbeiter und Arbeiterinnen des gesamten deutschen Bekleidungsgebietes.

## Von Nah und Fern.

### Eisenbahnunglück in Wien.

Wien, 8. Juli. Der Besonderezug Nr. 585 fuhr heute abend bei der Einfahrt in den Südbahnhof an den Presshof an, wodurch zwei Wagen entgleisten und 44 Reisende leicht verletzt wurden. Die Ursache soll auf ein Verlegen der Vakuumbremse zurückzuführen sein.

## Letzte Nachrichten.

### Mag Klinger 7.

Aus Raumburg a. d. Saale wird uns bei Redaktionsschluss gemeldet: Am Sonntagmittag ist auf seinem Sommerfrüh in Groß-Zena a. d. Mulde, wo er, wie alljährlich, seit Mai weilte, Geheimrat Professor Mag Klinger im Alter von 63 Jahren einer Herzlähmung erlegen. Sein Ableben erfolgte unerwartet, ohne vorherige Krankheit. Wegen der Ueberführung der sterblichen Überreste des Künstlers ist noch nichts Bestimmtes.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Albert Fichte in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Borsdorf-Elstga. Druck und Verlag: Verlags- und Buchdruckerei „Allgemeine Anzeiger“, Leipzig. Diese Nummer umschließt 8 Seiten.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstand Groß-Leipzig.

Im Anschluß an die Leitungssitzung am Dienstag, dem 6. Juli, findet Hauptvorstandssitzung statt.

Südost-Bezirk. Dienstag, den 6. Juli, abends, in der Hofburg; Frauenabstufungsabend. Referent: Genosse Kretschmar.

Die Erhöhung der Schulgebühren.

Der Rat unterbreitet den Stadtverordneten eine Vorlage über die Erhöhung der Schulgebühren. In der Vorlage heißt es:

Durch Verordnung vom 4. d. M. (S. Nr. 10 des. Verordnungsblatts des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 14. Juni 1920, S. 69/70) hat der Staat an den staatlichen und staatlich unterstützten höheren Lehranstalten das Schulgeld sowie die Aufnahme- und Abgangsgebühren vom 1. Juli d. J. ab wiederum, und zwar das Schulgeld für die Reichsdeutschen um das Doppelte, erhöht und den Gemeinden, die höhere Lehranstalten unterhalten, anheimgegeben, auch ihrerseits entsprechende Erhöhung der Schulgebühren sowie der Aufnahme- und Abgangsgebühren zu beschließen. Wir haben deshalb aus den gleichen Gründen (wegen des gestiegenen Geldwertes, wie auch der ständig wachsenden Ausgaben für die höheren Lehranstalten und der ungünstigen Finanzlage) und aus dem weiteren Grunde, daß dann, wenn die Stadt das Schulgeld für ihre höheren Schulen nicht erhöhen würde, zweifellos viele Schüler aus den staatlichen in die städtischen höheren Lehranstalten übertritten und uns dadurch natürlich noch höhere Lasten für unsere Schulen entfallen würden, beschließen, die Schulgebühren und die Aufnahme-, Abgangs- und sonstigen Gebühren und Beiträge für unsere höheren und gewerblichen Schulen mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab neu festzusetzen.

Die Erhöhung soll die Schüler der Gymnasien, der Oberrealschulen, der Realschulen, der höheren Mädchenschulen, der Studienanstalten, des Lehrerseminars, der Gewerbeschulen, der Carolaschule und der höheren Schule für Frauenberufe treffen.

Welter schreibt der Rat:

„Da sich der Staat bei Reichsausländern von Fall zu Fall vorbehalten hat, die Bezahlung in Gold vorzuschreiben, haben auch wir weiter beschlossen, daß Reichsausländer an unsern höheren und gewerblichen Schulen ebenfalls das Schulgeld sowie die Aufnahme-, Abgangs- oder sonstigen Gebühren und Beiträge grundsätzlich in Gold zu entrichten haben.“

Um durch die Schulgebührenerhöhung begabten Kindern der minderbemittelten Stände den Zutritt zu den höheren Schulen nicht zu erschweren, haben wir beschlossen, bei allen höheren und gewerblichen Lehranstalten die Zahl der Freistellen von Ostern 1920 ab auf 15 Prozent zu erhöhen.“

Die Erhöhung soll der Stadt eine jährliche Mehreinnahme von 1 840 000 M. bringen.

Ratsbeschlüsse.

Einschränkung des Schulzahnklinik. Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung vom 16. Juni dieses Jahres die Erhöhung des Jahresbeitrages der städtischen Schulzahnklinik bejehenden Kinder auf 5 M. abgelehnt und zugleich beantragt, auch das bisher erhobene Anrechnungsgeld von 1 M. in Wegfall zu stellen. Die Folge dieses ablehnenden Beschlusses würde der Wegfall jedweder Einnahme sein, so daß für die Schulzahnklinik mehr als 200 000 M. Zusatz erforderlich würde. Man war der Ansicht, daß ein so bedeutender Betrag bei der ungünstigen Finanzlage der Stadt zur Zeit nicht aufgegeben werden könne, und beschloß deshalb entsprechend dem Vorschlage des Finanzausschusses, den Betrieb der Schulzahnklinik durch Verminderung des Personals erheblich einzuschränken, und ferner das Anrechnungsgeld in Höhe von 1 M. weiter zu erheben. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Dem Didaktikenseminar waren zur Deckung des Fehlbetrages vom Jahre 1919 und des 1920 zu erwartenden Fehlbetrages unter gewissen Bedingungen Beihilfen gewährt worden. Diese Bedingungen beschloß man nach anderweitigen Erwägungen fallen zu lassen. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Erweiterung der Leipzig-Dölziger Kohlenwerke. Mit der Ueberlassung weiteren Landes an die Gewerkschaft Leipzig-Dölziger Kohlenwerke zur Erweiterung ihrer Kohlenfelder erklärt man sich grundsätzlich einverstanden. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Bauschuhwarte aus Arbeiterkreisen. Zur Ueberwachung der Arbeiterschuhbedingungen auf Bauten im Stadtgebiet beschloß man, vom 1. Oktober 1920 ab aus Arbeiterkreisen zwei Bauwerkshauswart zu bestellen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 11 481,00 M. wurden bewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Die Gastwirtschaft des Zoologischen Gartens in Eigenbewirtschaftung der Stadt. Beschlossen wurde, dem seit Frühjahr dieses Jahres verstaatlichten Zoologischen Garten einen weiteren Betriebsvoranschlag in Höhe von 40 000 M. zu gewähren und zur

Beaufsichtigung der Verwaltung einen ständigen aus Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss einzusetzen. Die Gastwirtschaft soll vom 1. Oktober dieses Jahres ab in Eigenbewirtschaftung der Stadt übernommen und die Leitung einem bewährten Fachmann übertragen werden. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Verzicht für Ausschussangehörige. Bewilligt wurde ein Berechnungsgeld von 1 Million Mark zur nochmaligen Auszahlung eines Vorkusses an die Ausschussangehörigen, die auf Privatdienstvertrag Angestellte (mit Ausnahme der bei den technischen Werken und bei den Straßenbahnen) und das Theaterpersonal für die Monate August und September in Höhe von je nicht über 25 Prozent des April-Dienstentkommens. Diese Bewilligung macht sich nötig, da die für diese Angestellten in Aussicht genommene Regelung ihrer Bezüge nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

Die Gebühren beim Vieh- und Schlachthof wurden, um die erheblich gestiegenen Aufwendungen zu decken, um durchschnittlich 50 Prozent erhöht. Ferner beschloß man, für die Verteilung des Fleischs eine Gebühr einzuführen, die für die Dauer der Zwangswirtschaft 40 Pfg. für 1 Kilogramm betragen und nach deren Aufbau entsprechend herabgesetzt werden soll.

Konferenz der Schulvorstände Groß-Leipzig.

Vertreten waren 20 Schulgemeinden durch 35 Teilnehmer. Der mangelhafte Besuch wurde scharf kritisiert, auf ungewöhnliche Bekanntheit in der Zeitung und auf Interessiertheit zurückgeführt. Beides muß anders werden. Genosse Rübner eröffnete die Konferenz und Aussprache und bemerkte: Grundsätzlich sind die Schulfragen für solche Konferenzen gelöst, theoretisch zwar noch nicht, doch muß dies an anderer Stelle geschehen. Hier handelt es sich um solche Schulfragen, wie sie praktisch an die Schulen und Schulvorstände herantreten. Um eine größere Einheitlichkeit der Behandlung und Lösung solcher Fragen herbeizuführen, ist öftere gegenseitige Fühlungnahme nötig. Beweise dafür sind die Wahlen zu den Schulvorständen, die alle auf falscher Voraussetzung beruhen und dadurch sichere Mehrheiten in Rinderheiten drängen, und nicht gerade zum Segen der Schule. Ferner die verschiedenartige Behandlung des Religionsunterrichts. Es ist ein organisatorischer Unterbau nötig, der die Vereinheitlichung gewährleistet, dabei dürfen wir uns nicht so sehr auf die Parteileitung verlassen, das muß vielmehr von unten herauf geschehen, was vom Genossen Freytag noch besonders unterstrichen wurde.

Schulfragen in den Gemeinden sind gleichbedeutend mit Schularbeit und zwar unausgesetzter und unermüdbarer, sie ist nicht ohne Einfluß auf die Lehrer und veranlaßt sie zur Mitwirkung. Zu Wenig gibt es die Beschaffung von Schulärzten, Einrichtung des Berufunterrichts, die Einführung des Lichtbildes im Unterricht und Förderung besserer Unterrichtsmethoden. Angeführte Beispiele veranschaulichten dies. Ferner ist zu behandeln: die Mädchenfortbildungsschule, Heranziehung der sozialistischen Lehrer, Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die Schule als Kulturmittelpunkt, freie Lehr- und Lernmittel. Die Aufgaben sind natürlich noch vielgestaltiger, worauf dann Genosse Lehrer Bauer einging. Es wurde beschlossen, nur die Frage der Vereinheitlichung der freien Lern- und Lehrmittel zu behandeln. An der Aussprache beteiligten sich außerdem die Genossen Amborn, Lunger, Boback, Kretschmar, Lehrer Gläser, Schulze, Löfler und Seichter. Es wurde eine vorläufige halbjährige Kommission zur weiteren einheitlichen Behandlung aller Fragen gewählt. Einig war man sich alleseitig darin, daß die Durchführung der freien Lern- und Lehrmittel auch für kleinere Gemeinden nur auf dem Wege der Bildung von gemeinsamen Genossenschaftskassen durch die Schulgemeinden möglich ist. Deshalb soll die Bezirksvertretung der Anstaltshandlungsfähigkeit aufgefordert werden, unter Heranziehung von Fachleuten sich alsobald mit der Frage zu beschäftigen. Bei der Lehrerbeforderung wurde besonders die ungerechte Klasseneinteilung demängelt. Erklärt wurde, daß die Einordnung in Klasse E nach der Bezirksbindung zu § 4 und § 19 der Besoldungsordnung nur eine vorläufige ist. Reich und Preußen hatten bisher für die Berechnung der Wohnungszuschüsse der Beamten fünf Dreiklassen zugrunde gelegt, Sachsen dagegen nur 3. Wenn sich Sachsen mit der Einteilung der Ortsklassen dem Reiche anschließt, so wird die Staatsregierung dahin streben, daß keine Benachteiligung der sächsischen Beamten und Lehrer eintritt und daß mindestens in die beiden untersten Ortsklassen (D und E) keine sächsischen Orte eingereiht werden. Die Neueinteilung der Ortsklassen ist in Bearbeitung und tritt rückwirkend vom 1. April 1920 neu in Kraft. Genosse Lunger war deshalb im Irrtum. Es ist also insoweit nichts zu befürchten. Ortsklasse C kommt für sächsische Orte mindestens in Frage. Nichtbestoweniger müssen die Schulvorstände um den Großstädten Anträge auf Einreihung in Ortsklasse A stellen.

Der Dank des Vaterlandes.

Man schreibt uns: Ich bin Kriegsinvalid, leide an Lungentuberkulose, beziehe eine Rente von 100 Prozent und wurde im Oktober 1919 ins Krankenhaus geliefert. Im April 1920 erfolgte meine Entlassung, und ich kam am 6. Mai nach der Heilstätte Howald. Dort bekam ich Blutungen und ich wurde am 24. 6. nach Leipzig entlassen. Es wurde mir zwar, da ich darauf hinwies, daß ich keine Wohnung habe, der Rat gegeben, ins Lazarett zu gehen; das lehnte ich ab. Dann bekam ich den Rat vom Chef-

arzt, mich an den Heimatbank (Lungenfürsorge) zu wenden. Da ich vorläufig nicht wollte, wo ich wohnen sollte, mußte ich in ein Gasthaus ziehen. Da ich selbst schlecht fort kann, auch keine Treppen steigen, wandte ich mich als Mitglied des Internationalen Bundes der Kriegsgeschädigten an den Bezirksvertreter. Ich legte meine Verhältnisse klar, eine Schlafstelle käme für mich nicht in Frage. Außerdem hätte ich Möbel für eine Stube gekauft und es handelte sich nun um Beschaffung einer leeren Stube. Ich wandte mich deshalb an den Heimatbank, der mich an das Wohnnassament verwies. Da dessen Entscheidung mir zu lange dauerte, begab ich mich am Dienstag unter größter Anstrengung nach der Lungenfürsorge. Nachdem ich dort wieder alles klargelegt hatte, stellte es sich heraus, daß für mich keine Wohnung war. (1) Obwohl ich nun meinen Entlassungsschein von Howald vorlegte, wurde mir der Bescheid erteilt: „Ja, wir kennen Sie doch gar nicht. Es tut uns ja sehr leid, daß wir Ihnen nicht helfen können.“ Da ich im Gasthaus für jede Nacht 7,50 M. bezahlen muß, so weiß ich nicht, wozu ich leben soll. Warum wird diesem Manne nicht geholfen?

Ein Einschießen Erwerbsloser gegen die hohen Obstpreise fand am Sonnabend auch in Leipzig statt. Erwerbslose stellten sich auf dem Gemüsehochmarkt ein, wo sie sich nach den Preisen für Obst und Gemüse erkundigten und eine Herabsetzung der Preise erzielten. Der Großhandelsobstpreis für Äpfel wurde auf 1,50 M., der Kleinhandelsobstpreis auf 1,80 M. bemessen. Die Großhändler leisteten keinen Widerstand. Die Aktion verlief ruhig. Waren rechtzeitig für das ganze Wirtschaftsgebiet wirksame Maßnahmen getroffen worden, so würde der Erfolg weit größer sein. Notwendig ist, daß der Wucher allgemein und an der Quelle bekämpft wird.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über die Bewilligung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues, über die Errichtung eines 6-klassigen Neben- und Aufbaues nach Art des Reformgymnasiums an der I. höheren Mädchenschule, über eine Eingabe wegen weiterer Verwirklichung von Mitteln für die Schulbesetzungen, über die Rückübertragung des Rates wegen Erhöhung der Karten- und Luftverkehrssteuer, sowie der Miet- und Pachtsteuer, über die Durchführung des Werkunterrichts an den höheren Schulen, über Reorganisation der Besoldung der städtischen Beamten usw. und der Lehrkräfte an den städtischen Schulen.

Wiederaufnahme der kassenärztlichen Tätigkeit in Leipzig. Heute haben die Kassenärzte ihre Tätigkeit für die Krankenkassen wieder aufgenommen. Der vertragslose Zustand hat fast sechs Wochen gedauert. Es werden noch dringliche Verhandlungen über schwebende Fragen gepflogen. Der Kassenvorstand der Ortskrankenkasse wird sich noch mit der Sache beschäftigen.

Der flehentliche Freund in der Villa des Stadtrats Graf wird immer interessanter. Herr Lehner, der sich nach der Gerichtssetzung das besondere Vertrauen der Frau vom Fabrikbesitzer und Stadtrat Graf erworben hatte, ist bekanntlich in Haft, weil er der gnädigen Frau Brillanten und Geld gestohlen hat. Die Beute brachte der hoffnungsvolle Freund des Hauses in einem Bantrefreier unter, wo sie die Polizei herausholte. Damit hat Herr Graf sein Geld gerettet, aber nun will Herr Lehner seine Ehre retten, deshalb läßt er durch seinen Rechtsanwalt, Herrn Justizrat Meises, in der Gerichtssetzung eine Verurteilung los, die Herrn Graf sicher sehr mies stimmen wird. Nach der Verurteilung soll es Herr Lehner bei seinem Besuch in der Villa nicht auf Geld und Schmuckstücke, sondern auf bestimmte Briefschaften abgesehen haben. Also bestimmte Briefschaften! Hänschen Lehner holt sich den Schlüssel zum Geldschrank, er wußte Bescheid. Der Schlüssel lag im Wäschschrank, der Wäschschrank stand im Schlafzimmer; Hänschen wußte, wo die bestimmten Briefe lagen. Vielleicht ist Hänschen gar nicht so schlecht, vielleicht ist er nur dumm! Vielleicht wollte er zwar nicht den Schmutz der gnädigen Frau, aber die Zeugnisse für den Kopfschmerz von jemand anderem. Jedenfalls ist die Sache nicht nur interessant, sondern auch pikant.

Heimarbeit. Die Firma Friedrich Wimmer, Lindenau, Piemeningstr. 9, Fabrik von Bekleidteilen für Harmonikum und Pianoforte, Beschäftigten läßt von Heimarbeiterinnen kleine Stoffketten mit Seide einnähen. Die Arbeit ist sehr mühevoll und muß peinlich genau ausgeführt werden. Für das Duzend (11) Ketten zahlt die Firma 1,90 M. In einer Stunde fertigt eine geübte Arbeiterin zwei Ketten an. Sie kommt also auf einen Verdienst von etwa 30 Pfennigen in einer Stunde! Die Arbeit wird vielfach von verheirateten Frauen und ihren Kindern verrichtet, die es bei angestrengtester Tätigkeit auf einen „Wochenlohn“ von 20 Mark bringen. So wird in der heutigen Zeit Heimarbeit bezahlt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Firma solch geringe Löhne zahlt, aber es ist Tatsache. Wo bleibt da der Schuß des Reiches, der Gerechtigkeit? Man kümmert sich nicht um arme Heimarbeiterinnen, sondern man mäht die Agrarier mit hohen Preisen und Prämien und läßt die Armen in tiefer Not und Lohnnechtschaft. Ob die Behörden hier eingreifen werden?

Die Zeitschrift „Nach Feierabend“ gewinnt Abonnenten auf Grund ihrer „Unfallversicherung“, wonach bei einem Unfall mit tödlichem Ausgang 1000 M. gezahlt werden. Ein besonders

Die Steine.

Von Konrad Loche.

Hans hatte bereits eine ganze Menge des süßen Kräftigungsmittels geschluckt und war verdrießlich, als sein Vater die Flasche aus seiner Stube wegnahm. Er trank ohne Zögern, als er im Laufe des Tages ein andres harmloses Getränk auf der Kommode fand. Er ging auch an die Urneiflasche mit Zuckerwasser, die ihm Unbehagen am dritten Tage beifielte.

Unbehagen schließt nicht mehr; er lag in der Nacht zwischen Schlaf und Wachen. Jedesmal, wenn er am Einschlafen war, sah er Wüster in Schwarz vor seinen geschlossenen Augen, Köpfe, die ihn urheimlich anbläuten und die sich am Ende in das unedle Gesicht seines Sohnes verwandelten. Er fürchtete sich und atmete mühsam; sein geschwächter Körper hielt die Aufregung kaum noch aus. Am vierten Tage ging er früh in seinen Laden, bekommen und ohne Ueberlegung, und er wühlte in seinem alten Kram. Seine zitternden Hände wurden schmutzig, und es geschah ohne Abzicht, daß er sich endlich die Hand an einem scharfen Gegenstand anstieß. „Jetzt aber schnell das Antiseptikum!“ Elia lief er in seine Wohnung hinauf, holte die Giftflasche aus dem Schränkchen und ging in die Küche, um sich an der Wasserleitung zu waschen. Küchengerätschaften hatten für Hans immer große Anziehungskraft, er kam erwartungsvoll hinter seinem Vater her, um nachzusehen, ob etwas für ihn abfiel.

Unbehagen stellte die Flasche auf einen Tisch. „Einen Augenblick, Hans!“ Damit ließ er völlig topflos wieder nach unten in den Laden. Alles ging glatter, als man hätte erwarten können, aus der Küche drang ein heulendes Geschrei bis zu dem bestürzten Vater.

„Um Gotteswillen, er wird doch nicht davon getrunken haben!“ dachte Unbehagen in ehrlicher Angst. Hans sah winzeln in einer Ecke. Ja, er hatte einen tüchtigen Zug aus der Flasche getan. „Wo steht nur die Aufwarterin? Warum ist meine Frau nicht da? Einen Arzt!“ Er hatte damals im Dextikon gelesen,

reife Eier wären ein Gegenmittel; aber es waren keine im Hause und er geriet bei vergeblichem Suchen eine große Glasflasche. Endlich kam die Pflegerin; er schickte sie nach einem Arzt.

„Eine böse Geschichte!“ sagte dieser. Hans wurde ins Bett gebracht; er leugnete zuerst, aus der Flasche getrunken zu haben. Vater schimpft! Nur ein ganz klein bißchen, gestand er endlich. Aber er hatte genug Gift im Leibe und starb, schleitig und unappetitlich, wie er gelebt hatte. Es gab einige Scherereien, ehe die Leiche freigegeben wurde. Unbehagens Frau war sofort aus dem Sanatorium zurückgekommen; sie klagte und schalt auf die Unvorsichtigkeit ihres Mannes und stellte sich trauriger, als sie in Wirklichkeit war. Die Aufregtheit Unbehagens hätte Verdacht erregen können. Er beschuldigte sich laut: Ach Gott, ach Gott, wie konnte ich so leichtsinnig sein. Ich bin schuld daran, man wird mich bestrafen.

Aber niemand hatte Reue, aus dem Tod dieses Idioten einen Kriminalfall zu machen. Eine gewisse Fahrlässigkeit lag vor, immerhin hatte der Vater seinen Sohn offenbar gewarnt. Er hatte nur schnell noch, ehe er sich wusch, einen Stoß schmutziger Bläher herauszohlen wollen. Die Herkunft des Giftes wurde festgestellt. Da beide Eheleute die gleiche Aussage machten, forschte man nicht weiter nach. Es sah alles in Ordnung zu sein, und so wurde Hans begraben.

Die Frau Unbehagen hatte sich hinsichtlich erst und blieb gleich zu Hause. Vielleicht wäre sie wieder abgereist, wenn ihr Mann ihr nicht so stark dazu zugeredet hätte. Warum will er mich denn wieder aus dem Hause haben?“ dachte sie. „Er war doch sonst nicht so besorgt um mich!“

Ihre eheleiche Liebe war niemals übermäßig groß gewesen. Sie hatte sich immer hinter seine Sammlungen zurückgezogen gefühlt. Und die Schreden ihres Bruders hatten die letzten Reste Zuneigung vollends aufgezehrt. Das häßliche Wesen ihres Mannes tanzte ihr sehr frühlich unnormal vor. Sie beobachtete ihn und quälte ihn von früh bis spät mit Fragen, wie: Was das Unglück mit Hans ereignet habe. Er erzählte es ihr wohl zwanzigmal, immer

mit beinahe gleichen Worten, die er sich vorher zurechtgelegt hatte; aber seine Darstellung des Unglücks wurde ihm täglich peinlicher, er wehrte ab und schimpfte: „Läß mich doch nur endlich zufrieden! Siehst du denn nicht, daß es mich angeht?“

Aber sie hing immer wieder von neuem mit ihren Fragen an. Unbehagen wartete ganz vergeblich auf die Erleichterung, die er über den Tod seines Sohnes hatte empfinden wollen. Es war alles so schön glatt gegangen, und nun sah er mit bösen Gedanken da. Er rechnete sich aus, wieviel er nun jährlich mehr für seine Sammlung ausgeben könnte, aber er empfand keine Freude dabei. Ja, er hätte die Widerwärtigkeiten, die ihm sein Sohn bereitet hatte, wieder erdulden mögen. Sonst hätte seine Frau mit Hans zu tun gehabt, jetzt lag sie ihm den ganzen Tag auf der Seele. Hatte er vielleicht doch ein böses Gewissen? Aber zum Teufel nochmal, so ein Unfug! Sein Sohn war für das Vaterland gestorben. Was mühten da die Generale, die die Millionen in den Tod schickten, für ein böses Gewissen gehabt haben. Er wurde mit seinen Ueberlegungen nicht mehr fertig.

(Wortkanna folgt.)

Kleine Chronik.

Mebel-Werein (Messias). Händels heldisch-erhabener Messias, der 1741 in vierundzwanzig Tagen für ein Wohlthätigkeitskonzert in Dublin entstand, ist trotz des christlichen Themas gleichwohl kein kirchliches Werk. Händels Oratorium ist ein freies aus der italienischen Oper hervorgewachenes Kunstwerk, das die dumpfe Luft der Kirche gar nicht verträgt, sondern mit seinen schlichten und doch so gewaltigen Chören, der natürlichen Sprache seiner Arien, volkstümlich im wahren Sinne ist. Die Bourgeoisie von heute hat allerdings für diesen Zug kein Verständnis mehr. Schon die Wahl des Messias enthornt gewisse Klasseninstinkte, ist doch der Messias das Oratorium unter den vielen, welches auf Handlung verzichtet und reine Gefühlswerte bringt. Die andern Oratorien, etwa Israel in Ägypten, dürft

krasser Fall dieser „Verfälschung“ gelangt hiermit zur öffentlichen Kenntnisnahme: Nach einem Urteil des Landgerichts Leipzig vom 22.3.20 hatte, wie man uns schreibt, ein 60 Jahre alter Arbeiter das Unglück, auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte beim Aufsteigen auf die Straßenbahn auszugleiten, wodurch er stürzte und an den Folgen verstarb. Die Zeitschrift „Nach Feierabend“ lehnte die Zahlung von 1000 M. ab und ließ es auf Klage ankommen. Die Klage der Witwe des Verstorbenen wurde aber kostenpflichtig abgewiesen. Also, die Frau bekommt überhaupt nichts und hat annähernd noch obendrein 1000 M. Prozesskosten zu zahlen. Diese Mitteilung soll eine Warnung für die Abonnenten solcher Zeitschriften sein und dazu dienen, die Arbeiterschaft über ihren wahren Charakter aufzuklären.

Nicht eigenartige Submissionskalkülen ergaben sich, als am 12. Juni die eingegangenen Kostenaufschläge zum Umbau der Sachsenbrücke im König-Albert-Park eröffnet wurden. Es handelt sich hierbei lediglich um Arbeitslohn und Material, da Materiallieferung nicht mit in Frage kommt, weil das alle Material zum Umbau benutzt wird. Offerten wurden abgegeben:

Braun u. Perlich	50 841.—	Markt
Murhardt	31 024.50	„
Ebert	54 715.—	„
Frank u. Röllert	44 019.—	„
Pöhlner Nachf.	69 728.10	„
Röbber u. Voigt	89 148.70	„
Hänfel	60 400.—	„
H. u. S. Juchacz	41 702.—	„
Wisch	166 888.40	„
H. Naumann	54 167.—	„
Rühl u. Södel	50 581.50	„
R. Schieber Nachf.	69 872.—	„
Ernst Schieber	76 648.—	„
Schubert	141 104.00	„
H. Schulze	83 635.50	„
Schneider	24 028.20	„
H. Schwarze	67 459.—	„
W. Voigt	51 528.50	„
Tränker Nachf.	54 884.80	„
Otto Winkler	50 811.—	„
W. Zimmermann	84 808.50	„

Diese Tabelle zeigt die großen Unterschiede. Profit erzielen wollen auch die Firmen mit den niedrigsten Angeboten. Sie können das nur auf Kosten der Arbeiter, durch deren größere Ausbeutung. Warum läßt die Stadt Leipzig diese Arbeiten nicht in eigener Regie ausführen?

Der Arbeitslosenrat empfiehlt den Arbeitslosen, künftig nicht selbständig auswärts Arbeit zu suchen. Insbesondere kommen in Frage das Leinwand bei Merseburg, Bitterfeld und Borna. Arbeitsmöglichkeiten bestehen dort gegenwärtig nicht. Die Genossen würden sich also unnütze Ausgaben verursachen, wenn sie dorthin fahren. — Sobald im Leinwand, in den Bornaer Gruben usw. Arbeitsstellen frei werden, wird versucht werden, auch Leipziger Arbeitslose durch die Nachweise unterzubringen.

Ustung, Schwinder! In Schönefeld gibt vor einigen Wochen ein junger Mann, ca. 26 Jahre alt, von Haus zu Haus. Er bot Braunkohle ohne Marken frei Keller zu 14,50 M. für den Zentner an, die von der Frau, Peterlohn, Sommerfeld, gekauft werden sollte. Nach seinen Angaben habe er zahlreiche Bestellungen von 20 bis 30 Ztr. erhalten. Die Lieferung ist nicht erfolgt. Nachforschungen ergaben, daß ein Kohlenhändler Peterlohn in Sommerfeld nicht existiert. Der Vertreter scheint es nur auf Anzahlung abzusehen zu haben. Sollte der Mensch sich irgendwo zeigen, so ist seine Festnahme geboten.

Elternräte. Die Erklärungen über die Teilnahme am Religionsunterricht sind gedruckt und können in jeder beliebigen Anzahl von den Elternräten jeder Schule im Parteisekretariat abgeholt werden.

Der Zentralverband proletarischer Freiender ist für den Elternrat jeder Schule je ein Exemplar des Führers für proletarische Freiender gratis überlassen worden. Die Obsteuere können im Parteisekretariat das Exemplar entnehmen. Am 12. und 13. Juli finden zwei Lichtbildvorträge über Methoden der Begabtenforschung und der Berufsberatung statt, auf die wir heute schon hinweisen. Der Zutritt ist für alle Mitglieder von Elternräten frei!

Die Elternratszentrale.  
Ergebnis der Elternratswahl in Connewitz (6. Volksschule). Von 2400 Wahlberechtigten haben 655 = 27 Prozent ihre Stimme abgegeben. Die Liste der U.S.P. erhielt 488 Stimmen und 7 Vertreter, die christliche Liste erhielt 192 Stimmen und 2 Vertreter.

P. Giftmordversuch. Ein 20-jähriger Markthelfer aus R. Volksmarkt kam in Haft, weil er im Laufe dieses Jahres wiederholt, zuletzt am 24. April d. J., versucht hat, seine mit ihm seit Ende Juni vorigen Jahres in zweiter Ehe verheiratete Ehefrau zu vergiften. Er hat sich Borzüre beschafft und mehrere Male einen Teil dieser seiner Ehefrau in den Kaffee geschüttet, die diesen aber des schlechten Geschmacks wegen nicht getrunken hat. Bei dem letzten Versuch hatte der liebevolle Gatte während einer kurzen Abwesenheit seiner Ehefrau Borzüre in einem von Eilen schon bereitgestellten Keller mit weißen Robben geschüttet. Bei ihrem Erscheinen am Tische bemerkte die Frau in der Mitte des Tellers ein kleines weißes Schaum- und aufsteigendes Blasen. Kinnmer wurde es ihr zur Gewisheit, daß ihr Ehemann ihr nach dem Leben trachtete. Sie errieth die Ursache und bei seiner Vernehmung durch die Kriminalpolizei gab der Mann an, daß er seine Ehefrau nicht habe vergiften wollen, sondern ihr nur einen Schaden ausfindig machen wollte, damit sie ihn verlassen solle. Er wurde wegen Mordversuchs der Staatsanwaltschaft übergeben und wird sich außerdem auch noch wegen einer zum Nachteile seiner Arbeitgeberin verübten Unterschlagung von 1240 M. zu verantworten haben.

P. Vermist wird seit dem 20. v. M. der sechsjährige Schulknabe Heinz Hillig, Albersstraße 11. Er ist hellblond, hat blaue Augen und trägt eine kurze Hose aus Millimeterstoff, weiß- und blau-

ten der Bourgeoisie wohl unangenehm die breiten Massen ins Gedächtnis rufen, auf deren Köpfen sie ihren Eieranz unternehmen. — Die Aufführung war recht gelungen. Die Solisten (unter ihnen besonders Kajner) wie der Chor und das Orchester vereinigten sich unter Herrn Ludwigs Führung zu starker Wirkung. — Eine dankbare Aufgabe für den Arbeitergesang wäre es, nun eines der anderen händelischen Oratorien zu neuem Leben zu erwecken.

Operetten-Theater (Fiedermaus). Das „fidele Gefängnis“ in der Hofstraße brachte die unermüdete, schleichend klassische Operette mit einigen Neubestellungen heraus. An Stelle der erkrankten M. Köhner sprang die neuerpflichtete Meta Scheulen ein, eine gute Erscheinung mit einem etwas spröden, doch ganz angenehmen Organ. Groß als Gefängnisdirektor war darstellerisch eine famose Leistung. Er machte, ebenso wie Kurt Wolfram als Windhund Alfred, wirklich eine kleine Grateste aus der Rolle. August Wöhn als Dr. Falke war zu ernsthaft für eine solche Parteinahme; die Fiedermaus traute man ihm nicht recht zu. Sprudelnd und hierfür war Frieda Kethy als Kammerfräulein, dabei stimmlich recht befriedigend. Rudolf Ander war ein urkomischer Frosch. Wenn Walter Grave nur nicht so viel Routine hätte!

Städtisches Theater. Im Neuen Theater findet unter Leitung von Turndirektor F. Groh am Sonntag, dem 11. d. M., vormittags 11 Uhr, ein Bühneturnfest der Leipziger Turnerschaft für Turner und Sport bei kleinen Eintrittspreisen statt. Ein Teil des Reinertrages wird der Kasse der Leipziger Bertolonien überwiesen. Der Kartenerwerb beginnt am Montag an der Tageskasse, für die Turnvereine gelangen auch Eintrittskarten in der Buchhandlung Alfred Knorr, Leipzig-Bo. Ehrenbergstraße 82, zur Ausgabe.

Im Städtischen Kunstgewerbemuseum (Großmuseum) sind im Erdgeschoss die bei dem Wettbewerb des Frankfurter Kunstvereins preisgekrönten Arbeiten einer Revolutions-Denkmal-Ausstellung.

gestreifte Matrosenjacke, geht barfuß und ohne Kopfbedeckung. Am Tage seines Verschwindens hatte er seinen Schutranzen mit Schulbüchern bei sich. Vermutlich wagt er sich aus Furcht vor Strafe nicht die elterliche Wohnung und tritt in der Stadt planlos umher; man übergebe ihn bei seinem Betreffen einem Aufseherbeamten.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Fährlich-Plagwitz von 9 bis 5 Uhr auf alle Nummern Fleisch (7.50 M.), Brust (0 M.); Hoffmann-Wächterstraße auf alle Nummern Wurstfleisch (7.50 M.); Pohle-Kuener von 8 bis 11 Uhr Nr. 1801—2150 (zum Höchstpreis).

Schlachthof, Schanau II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hauswirtschaftliche Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7.40 M. und einer Dose Leberpaste 4.50 M. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

### Lebensmittelliste für Dienstag, den 8. Juli.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Weizenmehl: Decker Tag — abzugeben 2 E und K der Lebensmittelliste Reihe P (375 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 4 für Kriegesgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen X 1—5 (100 Gramm).

Haferskoden: Decker Tag — abzugeben 3 E und K der Lebensmittelliste Reihe P (250 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 7 für Kriegesgefangene (250 Gramm).

Ausgabe. Feigwaren: Decker Tag — bestellt mit 6 E und K der Lebensmittelliste Reihe O; Zusatzlebensmittelliste 18 für Kriegesgefangene (je 250 Gramm); Fleischmarkenstreifen V 1—5 (100 Gramm).

Kunsthonig: Decker Tag — abzugeben 11 E und K der Lebensmittelliste Reihe P (ein halbes Pfund).

Auslandsschweinefleisch für Schwerkrriegsbeschädigte: Ausgabe Leipzig-Volkmarstort, Konradstraße 89, nachmittags 3—5 Uhr (ein Pfund).

Für Händler.

Schweinefleisch: Bezugsartenablieferung.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Aus dem Verfassungsausschuss.

In der Volkskammer ist von unserer Fraktion dagegen protestiert worden, daß die jetzige Kammer, in der die Entscheidung bei einer Vertretung der Volksminderheit liegt, noch die endgültige Verfassung verabschiedet. Trotzdem besteht bei den Rechtssozialisten und den bürgerlichen Vertretern die Auffassung, daß die Kammer ihre Aufgabe gar nicht erfüllt, wenn sie die Verabschiedung der Verfassung dem nächsten Landtag überlasse. Vorkäufig werden die Beratungen in dem dazu bestimmten Ausschuss fortgesetzt.

In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung wurde zunächst darüber gesprochen, ob der Volksentscheid und das Volksbegehren in die Verfassung aufgenommen werden sollen. Der Volksentscheid, der im Entwurf bereits enthalten ist, ist die Entscheidung durch Volksabstimmung bei gewissen Differenzen zwischen Landtag bzw. Volkskammer und Regierung. Das Volksbegehren ist das Recht des Volkes, auch aus sich heraus, aus eigener Initiative, nicht bloß durch seine parlamentarische Vertretung, Gesetzesvorschläge zu machen. Der Ausschuss beschloß bezüglich des Volksentscheids einstimmig, bezüglich des Volksbegehrens gegen die Stimmen der deutschnationalen Ausschussmitglieder, beide sgrundsätzlich in die Verfassung aufzunehmen. Ueber die Voraussetzungen, unter denen der Volksentscheid eintreten soll, und über die Fälle, in denen er möglich sein soll, soll der Unterausschuss formulierte Anträge vorlegen. In der Aussprache kam es zum Ausdruck, daß der Volksentscheid keineswegs gegen alle Beschlüsse des Landtages gegeben sein soll, sondern nur in gewissen Fällen, nicht z. B. gegen den Haushaltsplan, gegen Abgabengesetze und Befolgsordnung.

Der Ausschuss lehnte weiter einstimmig einen selbständigen Staatspräsidenten im Sinne der Reichsverfassung ab und entschied, daß der Ministerpräsident gleichzeitig Ressortminister sein soll. Die Abstimmung über diese Frage wurde jedoch zurückgestellt, bis die Regierung darüber gehört sein würde.

Weiter wurde die Frage behandelt, wer das Staatsministerium, und zwar zunächst den Ministerpräsidenten und dann die Einzelminister, bestellt. Von unabhängiger Seite wurde vorgeschlagen, daß außer dem Ministerpräsidenten auch die Einzelminister von der Volkskammer bzw. vom Landtag gewählt werden sollen. Das wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Man ließ es nach dem Abstimmungsergebnis bei dem Vorschlag in Artikel 26 des Verfassungsentwurfs, daß nur der Ministerpräsident vom Landtag gewählt wird, der die Einzelminister ernannt und entläßt. Die Bestimmung in Artikel 27 Absatz 1 des Verfassungsentwurfs besagt, daß die Mitglieder des Staatsministeriums zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Landtages bedürfen.

Bei der Frage, wer das Staatsministerium abberufen kann, war man zunächst einstimmig der Meinung, daß das Ministerium und jeder Minister jederzeit selbständig zurücktreten können. Es fand dann eine längere Aussprache darüber statt, in welcher Weise der Landtag den Rücktritt des Ministeriums fordern kann. Man war sich darüber einig, daß es dazu entweder eines besonders eingebrachten Antrags auf Rücktritt bedarf oder eines im Verlauf der betreffenden Aussprache gestellten Antrags auf Vertrauensvermutung, über den, um einen Zufallsmehrheitsbeschluss zu vermeiden, in der nächsten Sitzung erst abgestimmt werden soll. Eine Abstimmung über diese Frage fand nicht statt, sondern die Formulierung dieses Punktes wurde den Berichterstattern übertragen.

### Aus dem Haushaltsausschuss A.

Der Haushaltsausschuss in der Volkskammer, der gegenwärtig mit Hochdruck an dem Etat arbeitet, hat beschlossen, die im Staatshaushaltplan eingehenden Bezüge für Nebenarbeiten der Staatsbeamten zu kürzen. Damit ist auf eine Artzung eingegangen, die schon wiederholt von uns gegeben worden ist. Es handelt sich dabei nicht bloß um eine Einsparnis, sondern auch um die Befreiung eines Vermögens, der ziemlich erheblichen Umfang angenommen hatte. Von Kennern der Verhältnisse wird uns berichtet, daß einzelne Beamte so durch ihre nebenamtlichen Tätigkeiten in Anspruch genommen werden, daß sie fast nie im Hauptamt anzufragen sind. Im übrigen sind durch die Neuordnung der Besoldung die Beamten derzeit gesteuert, daß auch die in früheren Zeiten von der Regierung für den Widerstand vorgebrachten Entschuldigungsansätze völlig unhaltbar geworden sind.

Ein weiterer Antrag des Ausschusses, der ebenfalls auf unsere Anregung zurückzuführen ist, erucht die Regierung, die Musik- und Gesangsvereinigungen in der ehemaligen katholischen Hofkirche vom Gottesdienste loszulösen.

Eine Erneuerung des Rates der Stadt Leipzig wegen Verteilung des Zuschusses auf sämtliche sächsische großstädtliche Theater, beschloß der Ausschuss, auf sich beruhen zu lassen.

### Angliederung der Ueberwachungsanstalten an das Landesverwaltungsamt.

Das sächsische Verfassungsministerium gibt bekannt: Die nach Verordnung vom 25. Juni 1920 vom Reichsausschuss gebildeten Ueberwachungsanstalten werden dem Landesverwaltungsamt angegliedert. Sie bleiben für jeden Regierungsbezirk in der bisherigen Zusammenlegung bestehen. An ihrer Zuständigkeit wird nichts geändert. Die Ueberwachungsanstalten bestehen aus händigen und nicht-händigen Mitgliedern. Für jeden Regierungsbezirk bleibt die Ernennung von zwei händigen Mitgliedern dem Reichsausschuss vorbehalten. Im übrigen besteht jeder Ausschuss das Recht der Ergänzung und der Zuzahl aus der Einwohnerzahl des Regierungsbezirks. Die händigen Mitglieder behalten bis auf weiteres ihre Gehaltsforderungen im Dienstgebäude der Kreisbauverwaltung. Die Mitglieder der Ueberwachungsanstalten werden für ihre Tätigkeit entschädigt.

Bemerkte sei dazu noch, daß in einer der letzten Volkskammer-Sitzungen die Regierung seinerseits zugesagt hat, dahin zu wirken, daß den Mitgliedern der Ueberwachungsanstalten die Befugnis zur Beschlagnahme erteilt werde.

### Das Forschungsinstitut für Textilindustrie kommt nach Dresden.

Die Errichtung des Deutschen Forschungsinstituts für die Textilindustrie in Dresden ist nunmehr geklärt, nachdem die Stadt Leipzig vertraglich verpflichtet hat, ein wertvolles Gelände im Süden in der Nähe der Technischen Hochschule an der Grenze der Vorstadt Plauen herzugeben.

### Lebensmittellisten in Grimma.

Am letzten Sonnabend ist es auf dem Wochenmarkt in Grimma zu Lebensmittellisten gekommen. Nachdem schon eine Woche vorher die Frauen ihrem Herzen über die Preiswucherer Luft gemacht hatten, kam der langstehende Groll am Sonnabend spontan zum Ausbruch. Der Händler Grindel aus Kaufitz hatte schon damals die Preise für Zwiebeln unter der Hand erhöht, und am Sonnabend nahm die launische Ausbeutung ihren Fortgang. Die Frauen waren darüber so erregt, daß sie einigen Händlern die Waren entrißten, sie auf die Straße warfen und zertraten.

Am Sonnabendabend trat die Leitung der U. S. V., der Vorstand des Ortsausschusses und die Rats- und Stadtordnungs-Fraktion zu einer Sitzung zusammen und besaßen sich mehrere Stunden mit der Angelegenheit. Es wurden eine Reihe von Forderungen aufgestellt, welche einer am Dienstag, dem 6. Juli, abends 8 Uhr, in Vogels Bauhaus stattfindenden öffentlichen Versammlung zur Annahme empfohlen und sodann an die Behörden eingereicht werden sollen.

### Keine allgemeine Amnestie für Sachsen.

Im Rechtsausschuss der Volkskammer ist der Antrag unserer Fraktion auf Erlass einer Amnestie für politische Vergehen verworfen worden. Nach einem Vortrag des Rechtssozialisten, die zwar sachlich unseren Antrag für berechtigt anerkennen mußten, aber anderhand „juristische Bedenken“ hatten, wurde unser Antrag abgelehnt. Anzunehmen wurden Anträge der Rechtssozialisten und Demokraten, die Regierung zu erlösen, wegen politischer Vergehen inhaftierte oder befristete Verurteilten in diesem Angelegenheiten im Wege der Einzelbegnadigung in umfassender Weise zu befreien, vom Erlass eines Amnestiegesetzes im Hinblick auf das im Reichstag eingeleitete Verbot absehen jedoch bei der Reichsregierung auf Beschleunigung einer Entscheidung in der Amnestiefrage hinzuwirken.

### Wieder ein Mord in Vogtland.

Raum war die Erregung über die Ermordungen eines sechsjährigen Knaben bei Mehlteuer und eines 20 Jahre alten Mädchens bei Schneckenrüben etwas abgeklaut, da kam die Kunde von dem Mord an dem 18-jährigen Wirtschaftsgehilfen Hummel aus Lauterbach. Heute kommt aus Plauen bereits die Kunde von einem neuen Raubmord, der am dem 1878 in Theuma geborenen Handelsmann Richard Dimmer verübt worden ist. Mischler fanden am Donnerstagvormittag auf dem Erstersterlabe im sogenannten Signalwäldchen die Leiche Dimmers, der in Plauen wohnhaft ist. Dimmer wird seit Montag vermisst. In diesem Tage hat er sich abends gegen 10/10 Uhr aus seiner Wohnung entfernt und auf eine Frage seiner Frau, wohin er gehe, erklärt, er wolle noch etwas Geschäftliches besorgen und werde spätestens um 1 Uhr wieder zurück sein. Er ist aber nicht zurückgekehrt. Die Sektion der Leiche hat nun ergeben, daß Dimmer durch einen Kopfschuß getötet worden ist. Seine Brieftasche fehlt; ebenso sein grüner Filzhut. Die am Fundort und in seiner Nähe festgestellten Spuren deuten darauf hin, daß der Fundort nicht gleichzeitig der Tatort ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Mord ganz woanders, vielleicht sogar in der Stadt ausgeführt worden ist, und daß die Leiche erst in der Nacht zum Donnerstag auf einem Wagen nach dem Erstersterlabe gebracht wurde.

### Unwetter im Erzgebirge und in der Bauitz.

Von einem schweren Unwetter, wie es seit Jahrzehnten in der Gegend nicht zu verzeichnen war, ist die Stadt Stolberg in der Erzgebirge und ihre Umgebung heimgesucht worden. Ein Vorkommnis verhielt sich bei einer Entfernung von drei Schritten jeglichen Ausblick; das Stolberger Wasser wurde binnen weniger Minuten in einen reißenden Fluß verwandelt. In Fluten, Säulen und Anlagen wurde ungemessen viel Schaden angerichtet, zumal das Wasser aus den Ufern getreten war. Straßen, Brücken, Keller usw. überflutete. Im benachbarten Mitteldorf wurden Bäume und Brücken von den ungeheuren Wassermassen fortgeschwemmt. In Gabelns mußten, da die Brücken weggerissen waren, die Schulkinder von erwachsenen Verurteilten in die Behausungen der Eltern getragen werden. In Niederdorf alischen die mächtigen Flächen der Steinwiesen einem einzigen großen See; tiefer gelegene Däuler und Keller wurden in Mittelgebirge gesogen. In Jagdorf schlug der Blitz in das Wohnhaus des Wirtschaftsgehilfen Eder und in Gabelns in das Wohnhaus des Wirtschaftsgehilfen Alfred und richtete beträchtlichen Schaden an. Auch in vielen Orten der Bauitz hat ein schlimmes Unwetter gehaust. In Reuterdorf fielen Gärten und Pflanzen, Wal- und Pappelstämme. In dem oberen Ortsteil ist die so schön ansehende Ernte total vernichtet. Je weiter oben, desto größer und ärger die Verwüstung. Dort und in dem benachbarten Neudorf ist wohl kein Haus, wo nicht mehr oder weniger Fenster zertrümmert worden sind. Am meisten Schaden hat eine Gärtnerei erlitten, der nach oberflächlicher Schätzung weit in die Tausende geht. Alle Gartenerzeugnisse sind zertrümmert. Das Obst und die Bäume selbst sind zerstört. Manche bieten einen recht erbitterten Anblick. Ganze Getreidefelder sind zerstört. Die Kartoffeln liegen wie gewalzt. Das sonst so unheimliche Vorkommnis trat bald aus den Ufern. Seine schmerzlichen Blüten haben viele gute Ackerfrüme weggeschwemmt. Ein solches Unwetter mit derartigem Verwüstung, wie es der obere Ortsteil und Neudorf zeigen, ist wohl seit Menschengedenken hier nicht mehr gewesen. Der Schaden ist noch unabsehbar. Sogar tote Bäume, die von den Eisküden erschlagen worden sind, wurden aufgefunden. Manchem Landwirt und Kleinbauer ist die gesamte Ernte vernichtet worden.

Plauen. Die Stadtordnungen bewilligten 7 Millionen 100 000 M., und zwar 5 1/2 Millionen Mark für die Neuordnung der Besoldungsverhältnisse sächsischer Beamter und Angestellten und 1 Mill. M. für die Kriegeskräfte. 410 000 M. wurden überdies zur Auszahlung der Sonderbeihilfen an die Erwerbslosen, die jetzt schon wieder neue Forderungen erhoben, bewilligt werden. Wie diese gewaltigen Ausgaben gedeckt werden sollen, ist noch völlig dunkel.

Plauen. Abermals wurden die Preise für Gas und Strom erhöht, für Strom von 2.10 auf 2.60 M., für Kraft von 1.20 auf 1.50 M., für Gas auf 1.50 M. pro Kubikmeter. Die Plauer Industriellen haben sich in einer Eingabe gegen diese Erhöhung gewandt, indem sie auf die schwierige Lage der Industrie hinwiesen, sowie darauf, daß im Juni auch die Kohlenpreise nicht wesentlich erhöht worden sind, und daß man bei Eisen sogar auf einen Preisabfall zu rechnen kann, so daß die Stadt in ihrer Preisbildung auch zu einer gewissen Stabilität kommen müsse.

Annaberg. Der städtische Haushaltplan für 1920/21 ergibt für die politische Gemeinde 3 850 000 Mark für die Schulgemeinde 550 000 Mark, insgesamt 4 400 000 Mark. Die Schulgemeinde hat bisher 800 000 Mark für die Kosten der Besoldungsreform. Die Deckschlagung ist noch nicht geklärt.

# Reichstag.

7. Sitzung, Sonnabend, den 3. Juli, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Geiler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Ledebour (U. Soz.) über die Vorgänge in Thal bei Kahl. (Erklärung von 16 Arbeitern.)

Reichswehrminister Dr. Geiler: Meine frühere Antwort in der Sache scheint nicht verstanden worden zu sein. Ich habe damals gesagt, daß wir eine Besprechung dieser Interpellation abnehmen, weil gegen das Urteil Berufung eingelegt ist und die Regierung nicht mit einer eignen Meinung in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreifen will. (Sehr richtig!) Ich bitte das Haus, diesem Standpunkt der Regierung Rechnung zu tragen.

Abg. Ledebour (U. Soz.) fragt, ob die Regierung die Beantwortung überhaupt ablehne oder für einen späteren Termin in Aussicht stelle.

Reichswehrminister Dr. Geiler: Ich glaube, daß wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, nichts das hohe Haus hindern kann, das Urteil hier zu besprechen.

Es entspringt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Ledebour (U. Soz.) und dem Präsidenten Voede über die Auslegung des Geschäftsordnungs, worauf Ledebour feststellt, daß die Auskunft des Reichswehrministers nach Rechtskraft des Urteils die Interpellation zu beantworten, seinen ersten Erklärungen widerspricht. (Unruhe.)

Abg. Ledebour (U. Soz.) beantragt die sofortige Besprechung der Interpellation. Da die Abstimmung zunächst zweifelhaft bleibt, wird Hammelrump notwendig, der mit 182 gegen 142 Stimmen die Ablehnung der sofortigen Besprechung ergibt. (Abg. Cispian (U. Soz.) ruft Psst!)

Die kommunistische Interpellation über Spitzelorganisationen wird, wie Reichsminister Koch erklärt, in der vorgeschriebenen Frist von ihm beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Hamm (Dem.) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsbüchchens, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften.

Abg. Hamm (Dem.) begründet eingehend seinen Antrag, dem die Abg. Koch (Soz.), Dr. Nieber (D. Sp.), Dr. Berg (U. Soz.), Blum (Zentr.), Jandl (Bayr. Sp.) und Benke (Dnat.) zustimmen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Ich freue mich, daß ich mich bei meiner ersten Rede im Reichstag mit dem ganzen Hause in erfreulicher Übereinstimmung befand. Die Reichsregierung begrüßt die Anregung und wird ihr Folge leisten. Es ist schon vieles geschehen, so hat sich vom Januar 19 bis zum Frühjahr 20 die Zahl der vom Reichswirtschaftsministerium reorganisierenden Angestellten der Kriegsgesellschaften von 13 000 auf 7000 vermindert. (Beifall.) Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Abg. Warmuth (Dnat.): Wir sind gegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Aus rein parteipolitischen Gründen könnten wir zustimmen, denn schon die bisherigen Ergebnisse haben eine Entlastung der Angeklagten ergeben. Aber wir sind der Meinung, daß, solange die Richter der andern Mächte nicht offen stehen, wir nur halbe und darum falsche Urteile erhalten können. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Nieber (D. Sp.): Da ein abschließendes Urteil über die Frage bei der einstimmigen Unterbrechung nicht möglich ist und außerdem nur die Parteigegegensätze verhärtet würden, lehnen wir die Einsetzung ab.

Abg. Breitfeld (U. Soz.): Auch bei uns waren zwei Richtungen, die sich aber auf einen Gesichtspunkt gründeten. Die eine war der Meinung, daß die bisherigen Untersuchungsausschüsse sowohl nach dem Umfang der Arbeit als nach der Qualität der Ergebnisse die vollkommenen Anforderungen solcher Ausschüsse bewiesen würde. Dieses unbedingte Urteilen hängt mit der Zusammensetzung der Ausschüsse zusammen. Als Richter sitzen in diesen Ausschüssen Vertreter der Parteien, die, abgesehen von uns, in hohem Maße mit verantwortlich sind für die Dinge, über die sie urteilen sollen. (Lebh. Widerspruch — Beifall bei den U. Soz.) Daß man da kein gerechtes Urteil erwarten kann, ist menschlich begreiflich. Andererseits aber — und diese Auffassung hat gefehlt, wird doch, wie der bisherige Ausschluß schon bewiesen hat, durch die Unterbrechung eine Menge wichtiger Einzelheiten zutage gefördert; so war es z. B. sehr interessant, die Abhängigkeit Bethmann Hollwegs von Ludendorff zu sehen oder die Wandlung des Herrn Helfferich aus einem Saulus einen Paulus des U-Bootkrieges auch von amtlicher Seite aus bekannt zu machen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen ein objektives Bild, aber ebenso sehr ein schönes Urteil und glauben, daß beides wohl vereinbar ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Frau Bohm-Schuh (Soz.): Wir sind uns klar, daß wir nicht Richter, sondern nur objektive Untersuchende in diesen Ausschüssen sind. (Beifall.) Wir sind durchaus damit einverstanden, daß alle parteipolitischen Betrachtungen ausgeschlossen werden müssen, sondern jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen ohne Parteiparteiung urteilt, damit es auch wirklich ein Volksgericht und nicht ein Parteigericht wird. Gegen den Vorwurf, gerade parlamentarischer Parteiung zu erwidern, sage ich, daß die Parlamentarier doch die Erwählten des Volkes sind und sicherlich viel unabhängiger auftreten können als beamtete Richter oder Professoren. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht Deutschland einseitig die Schuld trägt, sondern daß die Ursache im kapitalistischen System aller Länder liegt. (Beifall links.) Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, die ganze Ursache der Katastrophe zu erfahren. Wir fordern die Wahrheit hören zu wollen und sind deshalb für den Untersuchungsausschuss und bitten ebenfalls für die Einsetzung dieses Ausschusses zu stimmen, damit die ganze Welt sieht, daß wir unser Teil zur Klärung der Katastrophe beitragen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nachdem Abg. Heile (Dem.) und Spahn (Zentr.) für Einsetzung des Ausschusses gesprochen haben, wird die Wiedereröffnung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Not-Etats.

Sämtliche Positionen werden ohne Aussprache in zweiter Lesung angenommen. Zu dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein Posten von 13 825 000 Mark eingestellt als Zuschuß des Reiches zu den durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben entstehenden Kosten.

Dazu bemerkt der Präsident Voede: Diese Ausgaben, die wir soeben bewilligt haben, hängen zusammen mit dem großen Liebeswert, das durch ausländische wohltätige Kreise für Deutschland in Angriff genommen worden ist. Im Namen der Volksvertretung und ohne Unterschied der Parteien sagen wir den großherzigen Helfern unsern allerherzlichsten Dank. Wir danken für ihre Hilfe und für ihre edle und menschliche Unterstützung der Gesellschaft der Freunde in Amerika, den englischen Quäkern, den Helfern in Schweden und in der Schweiz und ganz besonders auch den Deutschamerikanern und vielen andern. Ihnen gilt unser aller herzlichster Dank. Das deutsche Volk wird ihnen die an seinen Kindern geübte Liebe niemals vergessen. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Abg. Bachnits (Dem.): Der einzurichtende Ausschuss für die Verbilligung bei den einzelnen Verwaltungszweigen soll auch die Vorgänge in den Leitern aufklären, die sich kurz vor der Verbilligung der Eisenbahnen abgepielt haben. (Sehr richtig!)

Es wird sofort die dritte Lesung vorgenommen.

Abg. Cispian (U. Soz.): Der Not-Etat ist wie ein ordentlicher Etat zu behandeln. Das Stimmrecht für den Etat wäre eine Vertrauensfrage für die Regierung. Da meine Fraktion der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen hat, muß sie auch den Not-Etat ablehnen (Zuruf: Natürlich!), um so mehr, als auch gestern der Reichstag keine Aufhebungen über die Anwaltschaft

geben konnte, wie auch über die Einhaftung der den Arbeitervertretungen gegebenen Besprechungen. Wir lehnen den Not-Etat ab, und behaupten, daß einzelne Forderungen unsere Billigung finden. (Beifall bei den U. Soz.)

Der Not-Etat wird darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Müller-Franken (Soz.) auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Es ist eine Schande, daß wir nach zwei Jahren sogenannter Revolution noch über einen solchen Antrag sprechen müssen. Der alte Militarismus ist noch immer nicht tot, wie erst jüngst das Marburger Schandurteil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Die Militärgerichtsbarkeit hat auch vor dem Kriege keinerlei Vertrauen und Sympathie genossen und hätte spätestens beim Jaberprozess aufgelöst werden müssen. Besonders schlimm war es während des Krieges, wo die Militärgerichtsbarkeit Schuld an den ungeheuren Mordtaten gegen deutsche Soldaten ist. (Sehr richtig!) Der Fall Helmke war nur eins der beliebig vermehrbaren Beispiele. Auch nach der Revolution hat die Militärgerichtsbarkeit weiter gewütet und gezeigt, wie sie sich durch ihre Unterdrückung der Arbeiter angewandt werden kann. Man braucht nur den Prozess gegen die Mörder Plebnechts und Augemburg, dem gegen den Grafen Uro gegenüberzustellen, um die ganze Gemeinheit dieser sogenannten Justiz zu sehen. (Sehr richtig!) Und die Verbrechen an meinen Genossen Schottländer und Hubran sowie an Paake sind alle nicht geklärt, weil die Militärgerichtsbarkeit noch weiterbesteht. (Sehr richtig!) Wir sind durchaus gegen eine Ueberweisung an einen Ausschuss, weil dadurch nur eine Verschleppung herbeigeführt wird. Unerschrocken ist es, daß gestern ein Mitglied dieses Hauses, Herr Helfferich, sich zum Helfershelfer der Marburger Mordtaten gemacht hat. (Lebhafte Pfalze bei den U. Soz.) Auch wenn die Justiz auf die Stelle der Militärjustiz tritt, ist nur wenig geholfen, denn die Justiz war und ist immer ein Mittel des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Ueber wäre uns die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit überhaupt, die uns inner- und auherpolitisch nur im höchsten Grade schädlich und gefährlich ist. (Zuruf: Für Sie gefährlich!) Darum sagen wir noch einmal, daß die Militärgerichtsbarkeit sofort aufgehoben werden muß, daß es aber dabei nicht sein Bewenden haben kann. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Warmuth (Dnat.) beantragt die Ueberweisung an einen Ausschuss zwecks gründlicher Durchberatung. (Widerspruch links.)

Abg. Schöppin (Soz.): Es ist notwendig, daß die Beratung des Gesetzes ohne Ausschüßberatung sofort vorgenommen wird. (Sehr richtig!) Schon in der Nationalversammlung hat der Regierungsvorsteher, der Unterstaatssekretär Lewand, ausdrücklich betont, daß eine Hinausschiebung nicht angebracht ist. Vielmehr hat ihm dabei das Marburger Schandurteil vorgeschwebt. Daß gewisse Paragrafen geändert werden können, ist natürlich möglich, und wir selbst werden in der zweiten Lesung solche Änderungen einbringen. Jetzt aber handelt es sich darum, sofort etwas zu erreichen, damit solche furchtbare Dinge nicht mehr vorkommen können. Eine Ausschüßberatung bedeutet ja nur eine Verschleppung der Angelegenheit. Zu dem Marburger Urteil will ich nur bemerken, daß der Einwand hinsichtlich der Angeklagten gleich ausgefallen ist. Das ist sehr natürlich, denn die Herrschaften bis zur letzten Stunde frei herumlaufen; wären dann Sozialisten gewesen, dann hätte man jeden von Anfang an in Einzelhaft genommen. (Sehr richtig! — Widerspruch rechts.) Die Rechte möchte ich noch fragen: Wozu wollen Sie eigentlich die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit begründen? Mit militärischen Gründen wohl kaum. Bei einem Heer von 200 000, vielleicht nur 100 000 Mann wird Unsin, was nach Ihrer Meinung bei einem Millionenheer Sinn war. (Sehr richtig!) Man wird das Gefühl nicht los, daß man durch die Militärgerichtsbarkeit nur die Gr-/dage haben will, um die zu einschüchtern, die gegen die Arbeiter vorgehen. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Doppelt notwendig ist es darum, daß der Entwurf so schnell wie möglich Gesetz wird, um die ungeheure Erregung im Volke zu beruhigen und der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Scholz (D. Sp.) wendet sich gegen die unabhängigen und sozialdemokratischen Ausführungen und unterstützt den deutsch-nationalen Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission.

Die Abg. Holz (Zentr.) und Waldstein (Dem.) erklären, daß sie der Ausschüßberatung nicht widersprechen wollen, aber nur in der Hoffnung, daß dieselbe allerhöchstens arbeitet und spätestens nach zwei Sitzungen der Gesetzentwurf wieder dem Reichstage vorgelegt wird. Auch Abg. Emminger (Bayr. Sp.) ist mit der Ausschüßberatung einverstanden.

Abg. Dr. Best (Kommunist): Hier handelt es sich nicht darum, ob der Zivilprozess besser ist als der Militärprozess, sondern um eine Personenfrage. Es wird immer gesagt, nur Soldaten können in Militäranglegenheiten urteilen. Ich glaube, daß 80 oder 90 Prozent derjenigen, die vor Militärgerichten abgeurteilt werden, aus den Kreisen des Proletariats stammen, und sie werden abgeurteilt von Richtern, die auch nicht in den Kreisen des Proletariats aufgewachsen sind. (Sehr richtig! links.) Es kommt im gegenwärtigen Stadium nicht darauf an, ob die Richter die gegenwärtig die Militärgerichte besetzen, fähig und würdig dazu sind. Die Art, wie sie gerichtet haben, spricht dafür, daß sie der Würde der Rechtspflege verlustig gegangen sind. In Marburg ist falsch entschieden worden, im Prozess Plebnechts-Augemburg ist falsch entschieden worden. (Zustimmung bei den U. Soz.) Sind die Richter, die dort geurteilt haben, noch würdig, Recht zu sprechen? Selbst das Reichsmilitärgericht hat bei Kommunisten, die in Schutzhaft saßen, nicht unterlassen, ob sie mit Recht oder mit Unrecht in Schutzhaft genommen waren. Zwei bis drei Monate sind Kommunisten in Haft gehalten worden, ohne daß sich das Reichsmilitärgericht bequemt, darüber zu verhandeln. Als aber ein Hohenollerprozess angeklagt wurde, war dasselbe Gericht bereit, in 14 Tagen seinen Spruch zu finden. (Lebhafte sehr richtig! links.) Solche Vorurteile sind keine Kränker, sondern böse, schändliche Mißstände. (Lebhafte Zustimmung links.) Was tritt nun etwa an die Stelle der Militärgerichte, wenn sie jetzt aufgehoben werden? Die bürgerlichen Gerichte sind nicht viel besser. Wenn es heute offen gesagt werden ist, daß die Militärjustiz eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist, so gilt von der Justiz nicht ein Deutsches anderes. Auch die bürgerlichen Gerichte sind tief gesunken in den Sumpf des Rechtsverbrechens. All dies führt Sie (zur Rechten) zu einer ganz neuen Ordnung unseres Lebens. So ist dies auf allen Gebieten — ich will Ihnen (zu den Bürgerlichen) nur zeigen, wie heute alles Geschlebe zwischen rechts und links und hin und her sich immer rüttelt an der großen Frage, welche Klasse herrschen soll. (Zuruf: Klassenlose Gesellschaft wollen Sie doch!) Ja, zu diesem klassenlosen Staat werden wir kommen, wenn zuerst Ihre Klassenherrschaft vernichtet wurde. Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen darüber ein Privatstimmchen liefern. (Heiterkeit.) Ihr Tag der Rache ist es, wenn der Generalfeldmarschall wieder die höchste Gewalt ausübt, und darum suchen Sie das Heer wenigstens in seinen Kernschaften zu erhalten. Und weil wir dies wissen, deswegen müssen wir auch das Recht der Militärgerichtsbarkeit zerschellen, soweit es überhaupt möglich ist. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Justizminister Dr. Heintze: Ich weise die Angriffe des Vorredners auf die Gerichte auf das allerhöchste zurück. (Beifall.) Damit schließt die Aussprache.

Vizepräsident Wittmann stellt aus dem Stenogramm fest, daß der Abgeordnete Rosenfeld den Abgeordneten Helfferich als den Helfershelfer der Marburger Mordtaten von Reichsrecht bezogelnet habe. Dafür müsse er nachträglich zur Ordnung gerufen werden. Der Gesetzentwurf geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr. Interpellation über die Bestverordnung im Ruhrgebiet, die Arbeiterlosigkeit und die fortgesetzte Steigerung des Lebensmittelpreises.

Schluss 4 Uhr.

# Die U. S. P. und die Internationale.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck der Dokumente und Schriftstücke, die über das Verhältnis der U. S. P. zur Dritten Internationale und über die Schritte der Zentralkommission zur Ausführung des Parteitagbeschlusses von Leipzig unterrichten. Unsere Leser werden es verständlich finden, daß der Abdruck der sehr umfangreichen Schriftstücke erst jetzt erfolgen kann, denn während des Wahlkampfes brauchten wir den Raum unres Wartes zur Erörterung der aktuellsten politischen Ereignisse, und auch nach den Wahlen verhinderte die chronische Papiernot eine frühere Veröffentlichung. Wir beginnen mit dem Abdruck des Antwortschreibens des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale und werden dem Bericht des Zentralkomitees unserer Partei über die Ausführung des Leipziger Parteitagbeschlusses anschließen. Unsere eigene Stellung zu den darin erörterten Fragen, insbesondere zu der eigenartigen Haltung, die das Moskauer Exekutivkomitee gegenüber unserer Partei einnimmt, werden wir dann in einem besonderen Artikel präzisieren. Zur Information der Genossen sei heute nur bemerkt, daß das Schreiben aus Moskau die Antwort auf den Vorschlag des Zentralkomitees der U. S. P. zur Verankerung einer vorbereiteten Besprechung über die Frage der Internationale darstellt. Das Schreiben des Zentralkomitees ist am 15. Dezember 1919 an 19 ausländische Parteigruppen und die Moskauer Internationale gesandt worden. Das Antwortschreiben der Moskauer Internationale ist vom 5. Februar 1920 datiert; es ist aber erst am 9. April durch Vermittlung eines russischen Genossen in die Hände der Zentralkommission gelangt. Den Redaktionen der Parteizeitungen ist das Antwortschreiben am 20. Mai zur Veröffentlichung übermittelt worden.

## Die Antwort der Moskauer Internationale.

An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anschließend des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die kommunistische Internationale.

Der letzte Kongress der U. S. P. faßte den Beschluß, sich an die kommunistische Internationale und andre sozialrevolutionäre Organisationen mit dem Vorschlag zu wenden, sich zu einer gemeinsamen internationalen Organisation zu vereinigen. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hält es für seine Pflicht, diese Frage vor das Forum aller revolutionären Arbeiter zu bringen. Das Exekutivkomitee nimmt an, daß nur eine offene Erörterung dieser Frage vor den breiten Arbeitermassen aller wirklich revolutionären Elemente der internationalen Arbeiterbewegung möglich ist und nicht eine hinter den Kulissen abgeschlossene Vereinbarung. Die folgenden Ausführungen sind somit die Antwort auf den Brief Cispians vom 15. Dezember 1919, der dem Exekutivkomitee der dritten Internationale zugestellt und in der Freiheit vom 2. Januar 1920 abgedruckt wurde.

### 1. Die der U. S. P. angehörenden Arbeiter und ihre Führer in der Revolution.

Die kommunistische Internationale ist sich dessen bewußt, daß die Arbeiter, die der U. S. P. angehören, ganz anders gestimmt sind, als der rechte Teil ihrer Führer. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Beurteilungen der Lage in der U. S. P. Die kommunistische Internationale betrachtet den Leipziger Beschluß der U. S. P. als einen Umkehrpunkt in der politischen Richtung der Partei, der sich unter dem Druck desjenigen Teiles der Arbeiterklasse Deutschlands vollzogen hat, der in dieser Partei organisiert ist. Dieser Teil der Arbeiterklasse stellt sich auf Grund der eigenen Erfahrung der Revolution immer mehr und mehr auf den Standpunkt der proletarischen Diktatur und des Kampfes um diese Diktatur unter der gemeinsamen Fahne der kommunistischen Internationale. Dieses Verhalten in hohem Grade die opportunistischen rechten Parteielemente, die geneigt sind, alles mögliche mit Worten anzuerkennen, die aber die tatsächliche Entwicklung der Revolution auf jede Weise hemmen. Diese opportunistischen „Zentrumsleute“ haben während des imperialistischen Krieges das Proletariat von allen Massenaktionen zurückgehalten, haben die verdrängende Linie der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes unterstützt, haben die Notwendigkeit einer illegalen Organisation verneint und schreden vor dem Gedanken an den Bürgerkrieg zurück. Im Beginn der Revolution sind sie mit den offenen Vertretern der Arbeiterklasse — den Gewerkschaften — in eine gemeinsame Regierung eingetreten, haben die schändliche Ausweitung der Berliner Beschlüsse des Proletariats rückwärts geworfen und haben die Politik des Abdrucks der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung unterstützt. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben seit Beginn der deutschen Revolution die Entente-Orientierung gepredigt und sich mit allen Kräften dem Bundes Deutschland mit Sowjetrußland widersetzt. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben unter Deutschlands Proletariat systematisch kleinbürgerliche Illusionen über das Wesen des „Militarismus“ geist. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben Wissen gepriesen und ihn als Verteidiger eines gerechten Friedens, als Vertreter der „Demokratie“ usw. hingestellt. Dank der Taktik dieser rechten Führer blieb die Staatsmaschine des wilhelminischen Kaiserreichs, das sich nur mit der republikanischen Fassade verhielt, vollständig unberührt. In entscheidenden Augenblicken (Januar 1919) des Kampfes mit den Feinden der Arbeiterklasse — Kossak u. Co. — schlugen die rechten Führer der „Unabhängigen“ eine „veröhnende“ Richtung“ unehrlicher Matler ein, schwächten den revolutionären Willen der Arbeiter, zerlegten die Einigkeit des Proletariats im Kampfe und förderten dadurch seine Niederlage.

Erst verneinten sie die Diktatur der Räte überhaupt und standen vollständig auf dem Standpunkt der bürgerlichen Demokratie. Dann gingen sie an, ein Gemisch aus den Räten und der konstituierenden Versammlung zu propagieren (der Plan Hilferding). Bis jetzt schwanken sie zwischen diesem und jenem, wenn es sich um die Tat handelt. Ihre literarischen Vertreter (Kautsky), die sich in ein und demselben Beilage mit den bürgerlichen Sozialisten, „Demokraten“ und aufrichtigen Dienern der Börse und der Bank vereinigen, finden keine bessere Beschäftigung, als den schamhaften Klatsch der russischen und andern Gegenrevolutionäre über die russische Revolution zu verbreiten. Eine derartige alles übertreffende faulose und unehrliche Verleumdung, wie die angebliche „Sozialisierung“ der Frauen in Rußland, die von dem Generalstab und Spionen der Entente erfunden ist, findet im Buche Kautskys Platz. Das letzte Werk dieses Schriftstellers, Terrorismus und Kommunismus, erscheint in demselben Beilage wie das Sammelwerk gefälschter, in Amerika erfundener Dokumente über die „Bestechung“ der Bolschewiki durch den deutschen Generalstab.

Diese Beispiele genügen, um die wahre Physiognomie einer Reihe der rechten Führer der U. S. P. zu kennzeichnen. Die zu dieser Partei gehörenden Arbeiter müssen verstehen, daß die Arbeiterpartei, ohne den vollständigen Bruch mit solchen rechten Führern zu vollziehen, die Entwicklung der proletarischen Revolution nicht erleichtern kann. — Es ist jetzt vollständig klar, daß die Revolution in Deutschland einen solchen qualvollen Verlauf nimmt, weil es den Scheidemannern gelungen ist, das Volk zu entwirren, weil der Ausbruch der Revolution nicht zur Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland führte, weil der alte Machtapparat im Gange geblieben ist. Ein ungeheurer Teil der Schuld und der Mord

